



Diese 26 Zeichen genügen, die Welt zu verstehen

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

23. Jahrgang

Sondernummer 2/1968

Einzelpreis 50 Pf

Die politische Lage nach der Annahme der Diktaturgesetze — die Programmdiskussion und die nächsten Aufgaben

Aus dem Referat des Genossen Max Reimann, 1. Sekretär des ZK der KPD,
auf der 12. Tagung des Zentralkomitees

I.

Die neue Lage

Mit der Annahme der Notstandsgesetze ist eine neue Lage entstanden, hat eine neue Etappe des Kampfes der Arbeiterklasse und aller demokratischen Volkskräfte begonnen.

Wir wollen auf dieser Tagung eine Einschätzung der jüngsten demokratischen Aktionen vornehmen. Mit den neuen Erkenntnissen und der Beantwortung der Frage, wie es weitergehen soll, wollen wir unseren Beitrag für die Einigung, Festigung und Verbreiterung der demokratischen Volksbewegung leisten. Dabei hat die Diskussion über den Entwurf unseres Parteiprogramms eine große Bedeutung. Durch die Einbeziehung der gesamten Parteimitgliedschaft in die Diskussion gilt es, die Grundeinheiten der Partei politisch

so zu qualifizieren, daß sie sich an den aktuellen Bewegungen offensiver beteiligen und in der öffentlichen Diskussion klärend auftreten.

Die Annahme der Notstandsgesetze gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung beweist, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik an einem entscheidenden Punkt angelangt ist. Nachdem die gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichteten Annexionspläne gescheitert waren, die Bundesrepublik eine schwere wirtschaftliche Erschütterung durchmachte und sich die inneren und äußeren Widersprüche des Systems verschärften, gingen die herrschenden Kräfte des Monopolkapitals zu einer neuen Etappe ihrer Politik über.

Die Notstandsgesetze und ihre Unterdrückungsfunktion

Die Kiesinger, Strauß, von Guttentberg als die Haupteinpeitscher der aggressiven Politik gehen davon aus, daß ihre Pläne nicht zu realisieren seien, ohne zuvor das eigene Volk in Fesseln gelegt zu haben.

Die Notstandsverfassung, die eine Militärdiktatur ermöglicht, dient direkt den kriegsgerischen Zielen der deutschen Monopolbourgeoisie die Vorherrschaft in Europa zu erringen, eine Veränderung der bestehenden Grenzen durchzusetzen, die Anerkennung der DDR zu verhindern und ihre Klassenherrschaft auf ganz Deutschland auszuweiten. Sie stellt sich das abenteuer-

liche Ziel, die sozialistischen Staaten in unserem Erdteil zu unterminieren und schließlich zu beseitigen. Das ist der Grund, warum sie fieberhaft ihre Aufrüstung fortsetzen.

Die Behauptung der Bundesregierung, mit der Notstandsverfassung würden die letzten Besatzerrechte abgelöst und die Bundesrepublik erlange die volle Souveränität, ist eine Lüge. Die in den Pariser Verträgen und im sogenannten Deutschlandvertrag festgelegten Vorbehaltsrechte der Besatzungsmächte sind nicht aufgehoben. Sie haben sich auch jetzt das Recht vorbehalten, bei „Bedrohung ihrer Streit-

kräfte“ Waffengewalt gegen die Bevölkerung anzuwenden. Mehr noch! Diese Sonderrechte sind durch die Notstandsverfassung in das Grundgesetz aufgenommen worden, so daß die Bundesregierung — wenn die NATO es verlangt — Notstandsmaßnahmen verkünden kann, ohne daß das Parlament vorher auch nur gefragt werden müßte.

Die Bundeswehr ist nicht nur ein Aggressionsinstrument, sondern auch

Instrumente des Profits, der Macht und der Expansion

Die Notstandsgesetze sind nicht, wie Bundeskanzler Kiesinger behauptet, „Gesetze, wie sie jeder Staat hat“. Es sind Diktaturgesetze in den Händen der gleichen gesellschaftlichen Kräfte, die einen Hitler an die Macht gebracht haben und heute nach Revanche trachten. Die Notstandsgesetze sind das Instrument eines Systems, das, wie es in unserem Programmentwurf heißt, die Macht der privaten großkapitalistischen Konzerne mit der Macht des Staates zu einem Gesamtapparat im Interesse des Profits, der Macht und der Expansion des Monopolkapitals vereint.

Wie dieser Gesamtapparat funktioniert, erweist sehr klar das Zustandekommen und der Inhalt der Notstandsgesetze. Die Spitzen der Hochfinanz und die Bundeswehrgeneralität forderten Diktaturvollmachten. Eine Ministerialbürokratie, die unter Hitler ihre Spezialkenntnisse erworben hat, arbeitete die Gesetze aus. Die Klassenbezogenheit der Notstandsgesetze besteht auch darin, daß sie den Arbeitern Zwangsarbeit und Unterdrückung bringen, deren notwendige Kämpfe um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen verhindern sollen. So sind die Notstandsgesetze für die großen Monopole auch ein Mittel für die Erhöhung ihrer Profite. Mit der Annahme der Notstandsgesetzgebung erwies sich die Regierung als der geschäftsführende Ausschuß der großen Monopole und das Parlament als willfähiges Werkzeug der reaktionären und militaristischen Kräfte.

Die Notstandsverfassung widerspricht dem Grundgesetz, in dem demokratische Volksrechte festgelegt sind, in dem ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat gefordert wird.

eine Bürgerkriegstruppe gegen das eigene Volk geworden. So ist es ausdrücklich in der Notstandsverfassung festgelegt. Das bestätigte am Tage der Verabschiedung der Gesetze im Parlament der Generalinspekteur der Bundeswehr de Maizière auf der 14. Kommandeurtagung in Kassel: Wenn eine Regierung glaube, Streitkräfte zur Erhaltung von „Freiheit und Recht“ einsetzen zu müssen, so sei der Soldat verpflichtet, zu gehorchen.

Die Durchsetzung der Notstandsgesetze sind einem Staatsstreich gleichzusetzen.

Damit haben das Monopolkapital und seine Partei, die CDU/CSU, erreicht, was sie mit der Hineinnahme der SPD-Minister in die Regierung erreichen wollten. Die reaktionärsten Kräfte der CDU/CSU haben so das Instrumentarium in ihre Hände bekommen für die Forcierung der aggressiven Politik, die in dem programmatischen „Entwurf für Europa“ von Franz Josef Strauß ihren ausgeprägten Ausdruck gefunden hat. Ohne die sozialdemokratischen Minister, ohne die rechte sozialdemokratische Parteiführung, ohne die Mehrheit der Bundestagsfraktion der SPD wäre es der CDU/CSU nicht gelungen, die Notstandsgesetze zu beschließen. So erweist sich die rechte Führung der Sozialdemokratie mit ihrer Politik als ein Erfüllungsgehilfe des Monopolkapitals. Sie ermöglicht den aggressiven Kreisen den Absprung zu einer neuen Etappe ihrer volksfeindlichen und friedensgefährdenden Politik.

Wir dürfen die Wirkung der Politik rechter sozialdemokratischer Führer auf das Bewußtsein der Arbeiter nicht unterschätzen. Auch in den Gewerkschaften und in Betrieben gibt es Funktionäre, die die Politik der Gemeinsamkeit der SPD mit der CDU/CSU nicht durchschauen oder sie als ein kleineres Übel betrachten und dadurch zu Trägern dieser Politik werden. Das zeigt, daß der Kampf gegen die Politik der CDU/CSU und die Auseinandersetzung mit der Rolle, die die SPD-Führer dabei spielen, auch eine prinzipielle kameradschaftliche politische Diskussion mit den sozialdemokratisch beeinflussten Arbeitern und Arbeiterfunktionären erfordert.

Die gefährliche Rolle der NPD

Die Gefährlichkeit der gemeinsamen Politik der CDU/CSU und der SPD-Führung wird dadurch noch erhöht, daß gleichzeitig die neonazistische NPD entwickelt wird. Der Druck der NPD nach rechts soll es der CDU/CSU und den rechten Führern der SPD erleichtern, auch den Regierungskurs weiter nach rechts zu steuern. Die NPD soll es der Bundesregierung erleichtern, mit dem Hinweis auf diese „Opposition“ aggressiver aufzutreten. Die NPD ist dazu berufen, den reaktionären, aggressiven Kurs des Großkapitals durch zügellose nationalistische und chauvinistische Agitation in die Massen zu tragen.

Die NPD soll als Terrortrupp gegen alle demokratischen Kräfte, vor allem gegen die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften wirken. Hier werden Schläger und Mordbanditen herangezogen, die das Großkapital einsetzen will, wenn seine Manipulierung der öffentlichen Meinung nicht mehr ausreicht oder versagt.

Die NPD soll dazu beitragen, daß die Bundeswehr eine Truppe ist, die jederzeit für imperialistische Ziele nach außen und innen eingesetzt werden kann. Nicht zufällig ist der Prozentsatz an NPD-Mitgliedern bei Offizieren und Unteroffizieren der Bundeswehr besonders groß.

Die Führung der CDU/CSU rechnet ferner damit, sich zu einem geeigneten Zeitpunkt offen mit der NPD zu verbünden und gemeinsam die Notstandsgesetze zu handhaben. So entwickelt sich die Konzentration der reaktionären Kräfte in einem gefährlichen Tempo.

Durch die Notstandsgesetze sind auch die sozialistischen Staaten herausgefordert. Alle ihre Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Jetzt, da die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als Antwort auf die Notstandsgesetze Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und zur Wahrung der Souveränität getroffen hat, erheben die Bonner Machthaber ein heuchlerisches Geschrei. Den imperialistischen Kräften sollte inzwischen deutlich geworden sei, daß jede Maßnahme zur Verschärfung der Spannungen und Gefährdung des Friedens von den sozialistischen Staaten mit wirksamen Gegenmaßnahmen beantwortet wird. Wenn die sozialistischen Staaten die imperialistischen Machthaber in ihre Schranken verweisen, so hilft das allen real denkenden und verantwortungsbewußten Menschen in der Bundesrepublik ihre Verständigungspolitik durchzusetzen und endlich die Anerkennung der DDR zu erzwingen.

II.

Der Kampf der demokratischen Kräfte gegen das staatsmonopolistische Regime

Es wäre verfehlt, aus der Annahme der Notstandsgesetze etwa den Schluß zu ziehen, daß die Positionen der westdeutschen Imperialisten stärker würden, das kapitalistische Herrschaftssystem stabil sei und sich weiter festige. Die Annahme der Notstandsverfassung ist ein Beweis für die innere Schwäche des Spätkapitalismus. Das wird deutlich in der Auseinandersetzung, die sich im Kampf gegen die Notstandsgesetze entwickelt hat. Der staatsmonopolistische Kapitalismus kann mit bürgerlich-demokratischen Mitteln seine Herrschaft nicht mehr aufrechterhalten.

Das Anwachsen der demokratischen Volkskräfte zeigte sich in der jüngsten Zeit in solch bedeutsamen Aktionen wie den Ostermärschen, den antimonopolistischen Aktionen gegen den Springerkonzern, in den Maidemonstrationen, dem Sternmarsch auf Bonn und in Kundgebungen und Streiks bei der 2. und 3. Lesung der Notstandsgesetze. Alle diese Aktionen wurden stark beeinflusst durch die USA-Aggression in Vietnam, die Ermordung Martin Luther Kings und auf innerpolitischem Gebiet vor allem durch den Mordanschlag auf Rudi Dutschke und die Terrorwelle der herrschenden Kreise.

Was ist das Gemeinsame all dieser Aktionen und für die weitere Entfaltung der demokratischen Volkskräfte das Wesentliche?

Die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse erkennen heute schon besser, daß die Ursachen für das Anwachsen der Reaktion in dem bestehenden gesellschaftlichen System liegen. Unter der Jugend, der Intelligenz nimmt die Gesellschaftskritik an dem herrschenden System und dem undemokratischen Charakter dieses Staates zu. Bei den Bauern wird die Frage diskutiert, was ist das für eine Gesellschaft, die uns den Anspruch auf Existenz verweigert?

Demokratie kontra Monopole

Der Kampf um Demokratie wird in zunehmendem Maße als Auseinandersetzung des Volkes mit den großen Monopolen und der Willkürherrschaft des Staates verstanden. Die aufkommende Gesellschaftskritik hat verschiedene Ausgangspunkte. Der Protest gegen die amerikanische Aggression in Vietnam hat sich entwickelt zu einem Protest gegen das imperialistische System. Das Aufbegehren gegen die Mißstände an Schulen und Hochschulen wurde zunehmend zu einem Protest gegen das gesellschaftliche Gesamtsystem. Die Empörung gegen die Manipulierung der öffentlichen Meinung durch Pressekonzerne führte zu der Forderung auf Brechung der Meinungsmonopole und Enteignung des Springer-Konzerns. Der Widerstand gegen Polizeivillkür wurde zu einem Protest gegen den Staat, das politische Herrschaftsregime und die Parteien, die den Monopolen hörig sind.

In den Aktionen und Diskussionen, in denen die Kritik an der Gesellschaft sichtbar wird, zeigen sich zugleich vielfältige Vorstellungen über eine Alternative zum herrschenden Gesellschaftssystem. Sie reichen von sozialistischen, marxistisch orientierten Vorstellungen über liberal-demokratische bis zu anarchistischen Auffassungen. Das Problem besteht darin, die verschiedenen gesellschaftsverändernden Strömungen auf eine gemeinsame Linie des antimonopolistischen Kampfes für eine grundlegende

Das Neue besteht auch darin, daß Teile der Sozialdemokratischen Partei, vor allem der sozialdemokratischen Jugend, gegen den Willen ihrer Parteiführung sich an demokratischen Aktionen beteiligen, die sich gegen die Regierungspolitik richten. Auch innerhalb der CDU treten verstärkt Kräfte aus der christlichen Arbeiterbewegung auf, die bestimmte antimonopolistische Forderungen erheben. Ebenso nehmen kirchliche Kreise im größeren Umfang als bislang an der demokratischen Volksbewegung teil. Es entwickeln sich die politischen und ideologischen Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bündnis zwischen den verschiedenen demokratischen Kräften.

demokratische Erneuerung der Gesellschaft zu einen.

Zu den neuen Erscheinungen gehört, daß sich die Anfänge eines Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz weiter entwickelt haben zu gemeinsamen Aktionen von Teilen der Arbeiterschaft und Studenten. Da sich zum ersten Mal Arbeiter und Studenten zu gemeinsamen Aktionen fanden ist es ganz verständlich, daß auch Meinungsverschiedenheiten auftreten können über die Kampfformen und die politischen Lösungen, die dabei vertreten werden müssen. Viele Arbeiter sind irritiert durch die Vielfalt der oft sehr radikal vorgelegten Auffassungen. Die Kritik klassenbewußter Arbeiter an sektiererischen politischen Forderungen und Kampfmethoden ist nicht ohne Wirkung auf das Denken linker sozialistischer Studenten geblieben. Die Bereitschaft eines Teils der sozialistischen Intelligenz zu gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern gegen das gesellschaftliche System stößt auf das in der Arbeiterschaft nur schwach entwickelte Klassenbewußtsein. Daraus ergeben sich zwischen diesen Kräften der demokratischen Bewegungen Spannungen und Reibungsflächen.

In allen Aktionen der jüngsten Zeit haben sich Teile der Studenten, Schüler und jungen Arbeiter enger zusammengefunden. Sie haben oftmals die Initiative für wirkungsvolle Demonstrationen in den aktuellen Bewegungen

ergriffen. Ihrem Elan, ihrer Kampfbereitschaft und ihrem mutigen Auftreten war es entscheidend mitzuverdanken, daß die Kundgebungen, daß alle demokratischen Bewegungen der letzten Zeit einen kämpferischen Charakter annahmen. Mit dem Aufbegehren gegen die Politik der regierenden Parteien, gegen die bestehenden Macht-

und Besitzverhältnisse verbindet sich der Drang nach grundlegenden revolutionären Veränderungen der Gesellschaft. In der Suche nach neuen gesellschaftlichen Modellen nehmen sozialistische Erkenntnisse zu und wächst der Wunsch, den Marxismus kennenzulernen.

Die Erfahrungen aus der Volksbewegung gegen Notstandsgesetze und Notstandspolitik

Im Kampf gegen die Notstandsgesetze wurden zahlreiche Warnstreiks in den Betrieben und Vorlesungsstreiks an Universitäten durchgeführt, die oft mit Kundgebungen verbunden waren. Es ist von größter Bedeutung auch für die weitere Entwicklung, daß kommunistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter in einer Reihe von Betrieben sich zum gemeinsamen politischen Streik geeinigt haben. Damit wurden zum ersten Mal seit langer Zeit Anfänge des politischen Streiks sichtbar.

Obwohl Sprecher der Unternehmerverbände sich mit anmaßenden Drohungen gegen einen politischen Streik zur Wehr setzten, wurden in solchen Großbetrieben wie Daimler-Benz, den Bochumer Stahlwerken, in Betrieben in Frankfurt, Duisburg, Rheinhausen, München und anderen Städten von den Arbeitern die Räder stillgesetzt. Obwohl die Führung des DGB den Forderungen nach Streiks zum Schutz der Verfassung nicht nachkam und sich dem Willen der Regierung beugte, steigerte sich die Protestwelle. Ein Teil der Arbeiter, Angestellten und Studen-

ten behaupteten ihr Recht auf den politischen Streik.

Während sich die Bewegung gegen die Notstandsgesetze entwickelte, haben sich gleichzeitig Bauern auf großen Kundgebungen und Treckerdemonstrationen, an denen mehr als 200 000 teilnahmen, dagegen gewehrt, daß ihre Existenzgrundlagen zerstört werden. Ihre Forderungen zur Sicherung ihrer sozialökonomischen Existenz haben sie mehr und mehr mit dem Protest gegen die Regierung, gegen die Bonner Minister wie Höcherl, Strauß und Schiller, gegen die „parteihörigen“ Funktionäre im Bauernverband und gegen das Preisdiktat der Industrie- und Handelsmonopole verbunden. Jetzt ist die Auseinandersetzung darüber im Gange, wohin sich der Bauer künftig orientieren soll. Wird sich die Bauernschaft auf die Arbeiterschaft und die demokratische Opposition orientieren oder aber wird sie auf den Leim der radikalen und nationalistischen Demagogie einer solchen Partei wie der NPD gehen — das ist die Frage, vor die sich heute unsere Partei, die Arbeiterklasse, die demokratische Opposition gestellt sehen.

Über die politische Bedeutung der Aktionen gegen die Notstandsgesetze

Wenn es auch nicht gelang, die Beschlusfassung über die Notstandsgesetze zu verhindern, so kommt doch der Gesamtbewegung gegen die Notstandsgesetze eine große politische Bedeutung zu. Man darf nicht übersehen, daß die Antinotstandsbewegung auf die geeinte Front der reaktionärsten Kreise der Monopolbourgeoisie, ihres Staatsapparates, der Regierung, der Monopolpresse und auch der rechten SPD-Führer und rechter Führer im DGB stieß. Die wesentliche Ursache da-

für, daß die Antinotstandsbewegung nicht stark genug wurde, die Terrorgesetze zu verhindern, besteht darin, daß es in breiten Teilen der Bevölkerung, besonders in der Arbeiterschaft, immer noch Unklarheiten gab und gibt über die Gefährlichkeit der Notstandsgesetze. Das hängt zusammen mit Illusionen über den angeblich demokratischen Charakter des Bonner Staates und auch mit Illusionen über die Rolle sozialdemokratischer Minister in der Regierung. Diese Illusionen sind in un-

verschiedlicher Stärke nicht nur in der Bevölkerung schlechthin, sondern auch in der Antinotstandsbewegung selbst und in den Gewerkschaften vorhanden.

In der Antinotstandsbewegung war die Arbeiterklasse insgesamt ungenügend beteiligt. Es hat nur ein Teil der Arbeiterschaft — die Vorhut — aktiv an dieser Bewegung teilgenommen. Eine Massenbeteiligung wäre erleichtert worden, wenn es gelungen wäre, die aktuellen lohn- und sozialpolitischen Forderungen, die von nahezu 15 Millionen Arbeitern und Angestellten in dieser Zeit erhoben worden sind, mit der Antinotstandsbewegung zu verbinden. Die Ursachen dafür, daß die

Kampfaktionen der Arbeiterklasse ungenügend entwickelt wurden, sind in den weitverbreiteten Illusionen über den Charakter des gesellschaftlichen Systems in der Bundesrepublik zu suchen und in dem noch großen Einfluß, den rechte Führer der SPD und der Gewerkschaften mit den Ideen von der Sozialpartnerschaft und Klassenharmonie auf die Arbeiterschaft ausüben. Im Kampf gegen die Notstandsgesetze hat sich besonders verhängnisvoll ausgewirkt, daß fast die gesamte Gewerkschaftsführung bei der 2. und 3. Lesung versucht hat, den aktiven Kampf zu lähmen und zu spalten und vor allem Streikaktionen in den Betrieben zu verhindern.

Die Rolle unserer Partei

Für die weitere Entfaltung der Kraft der Arbeiterklasse und ihre Beteiligung an der demokratischen Bewegung gibt uns die Tatsache einen wertvollen Hinweis, daß es besonders in den Betrieben zu Streikaktionen gegen die Notstandsgesetze kam, wo unsere Partei eine kontinuierliche Betriebsarbeit geleistet und gute Verbindungen zu sozialdemokratischen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären hat.

Wir können feststellen, daß Mitglieder und Funktionäre unserer Partei in allen demokratischen Aktionen, von der Blockade der Springerverlage bis zu den politischen Streiks gegen die Notstandsgesetze aktiv beteiligt waren und in vielen Fällen die Initiative dazu ergriffen haben. Das gilt besonders auch für die jungen Kommunisten, die nach dem Verbot Mitglieder unserer Partei wurden. Sie haben mit ihrem Elan und ihrer wachsenden politischen Reife wesentlich mitgeholfen, der Bewegung Kraft und Orientierung zu geben.

Die Aktivität der Kommunisten in den demokratischen Bewegungen, ihre kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Kräften führte auch dazu, daß die Forderung nach Freiheit für die KPD in steigendem Maße erhoben wurde. In den Ostermärschen, auf den Mai-Kundgebungen der Arbeiter, beim Sternmarsch nach Bonn und bei Studentendemonstrationen wurde die Aufhebung des KPD-Verbots verlangt. Es wächst die Erkenntnis, daß eine

legale KPD eine Stärkung für die gesamte demokratische Bewegung bedeutet.

Es muß jedoch kritisch festgestellt werden, daß es noch zahlreiche Mitglieder von Leitungen unserer Partei gibt, die den Bewegungen und Aktionen gegenüber eine beobachtende Position einnehmen.

Es muß weiter kritisch festgestellt werden, daß es uns in der Leitungstätigkeit noch nicht gelungen ist, die Grundorganisationen so zu aktivieren, daß sie als Organisationseinheiten mobilisierend in den Bewegungen tätig sind. Es sind in den Aktionen zwar mehr Mitglieder tätig geworden, aber dabei gelingt es noch ungenügend, besonders die Betriebsgruppen als selbstständig organisierende Kraft zu entwickeln. Hier liegt auch eine Ursache dafür, daß die gewachsene Aktivität noch nicht ihren Niederschlag in einem zahlenmäßigen Wachstum der Partei, in einer kontinuierlichen Werbung neuer Mitglieder findet.

Die großen Möglichkeiten für die Stärkung der Partei durch die Aufnahme neuer Mitglieder sind offenkundig. Das Ansehen, das sich Kommunisten in der Bewegung erworben haben, ihr persönlicher Einsatz in zahlreichen Aktionen gibt die Möglichkeit, vor allem aktive, politisch gereifte junge Menschen in die Reihen unserer Partei aufzunehmen.

Die gründliche Diskussion und das Studium unseres Programmwerfs in den Grundeinheiten wird alle unsere

Mitglieder besser befähigen, zielbewußt an den Aktionen teilzunehmen und mit großer Überzeugungskraft neue Mitglieder zu werben. Alle Erfahrungen in den Klassenauseinandersetzungen

besagen: Je stärker die Kommunistische Partei, umso zielstrebig und erfolgreicher können die Volksmassen ihre sozialen, demokratischen und friedlichen Ziele vertreten.

III.

Wie soll es weitergehen?

Wie soll es, nachdem am 30. Mai 1968 die Notstandsgesetze im Bundestag beschlossen worden sind, weitergehen? Man muß der Bevölkerung klarmachen, was damit wirklich geschehen ist. Dieser Tag ist ein schwarzer Tag in der Entwicklung der Bundesrepublik. So wie das Ermächtigungsgesetz Hitlers von Anfang an illegal war, so müssen auch heute die Notstandsgesetze von den demokratischen Volkskräften als verfassungswidrig abgelehnt und bekämpft werden.

Die Antinotstandsbewegung, die ganze demokratische Opposition steht jetzt vor einer neuen Lage.

Die Notstandsgesetze sind angenommen und es besteht die Gefahr einer gewissen Resignation, des Sich-Abfindens. Es ist jedoch nicht nur notwendig, sondern es sind auch die Bedingungen vorhanden, den demokratischen Volkskampf weiter zu entwickeln. Die Kampfaktionen gegen die Notstandsgesetze haben die Kraft der Antinotstandsbewegung bewiesen. Schon auf dem Sternmarsch nach Bonn wurde die Bereitschaft bekundet, den Kampf gegen die Diktaturpläne der Regierung fortzusetzen.

Nach der Annahme der Notstandsverfassung ist nicht die „Ruhe“ eingetreten, die sich die Regierung erhoffte. Die demokratische Bewegung kann in Fortsetzung des Kampfes ge-

gen Notstandspläne, gegen die Rechtsentwicklung und den Neonazismus von den verschiedensten Seiten her neue Impulse erhalten. Schon macht sich neue Unruhe in der Bevölkerung merkbar. Selbst in den Parteien der Regierungskoalition, vor allem in der SPD, geht der Prozeß der inneren Auseinandersetzung weiter.

Die Bewegung gegen die Notstandsgesetze wird einen neuen Aufschwung nehmen, wenn sie sich selbst als eine demokratische Bewegung gegen Rechtsentwicklung und Neonazismus versteht. Sie wird eine starke Stoßkraft erhalten und ihren Masseneinfluß erweitern, wenn sie alle antimonopolistischen Strömungen aufgreift und als Bewegung zum Schutz der demokratischen Volksrechte und zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft entwickelt wird.

Jetzt/kommt es darauf an, die Zersplitterung zu überwinden, eine Einigung aller Kräfte der demokratischen Opposition auf einer gemeinsamen Plattform zur antimonopolistischen demokratischen Erneuerung der Gesellschaft anzustreben. Durch die Zusammenfassung der Forderungen aller demokratischen Kräfte zu einer Gesamtkonzeption für die Umwandlung von Staat und Gesellschaft im Sinne einer fortschrittlichen Demokratie wird die Kraft der demokratischen Bewegung entfaltet.

Grundforderungen für das gemeinsame Handeln

Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft zur Solidarität und zur gegenseitigen Unterstützung in der Abwehr aller Angriffe auf demokratische Organisationen und Einzelpersonlichkeiten auf. Wir Kommunisten sind der Meinung, daß sich alle demokratischen Kräfte zum gemeinsamen Handeln für die Forderungen zusammenfinden können, die sie selbst erhoben haben. Solche Forderungen wären:

- Widerstand gegen die Durchführung der Notstandsgesetze, Wiederherstellung des Grundgesetzes in seinem Wesensgehalt von 1949, Einbeziehung des Rechts auf Volksentscheid in die Verfassung.
- Wesentliche Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Verzicht auf Atomwaffen in jeder Form, Anerkennung der bestehenden Grenzen

in Europa, für ein kollektives europäisches Sicherheitssystem.

- Anerkennung der DDR als wesentliche Voraussetzung für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und zur Sicherung des Friedens in Europa.
- Beendigung des verbrecherischen Krieges der USA gegen das vietnamesische Volk und Einstellung jeder Hilfe der Bundesregierung für diesen barbarischen Krieg.
- Auflösung der NPD und Verhinderung jeder Betätigung militaristischer und nationalistischer Organisationen.
- Verhinderung der Wahlrechtsmanipulation, Aufhebung der Fünf-Prozent-Sperrklausel.
- Durchsetzung einer umfassenden Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten, Studenten und Schüler in Betrieb und Wirtschaft, in den Universitäten und Schulen, in Staat und im gesellschaftlichen Leben.
- Sicherung der Betätigungsfreiheit der Gewerkschaften und betrieblichen Organe der Arbeiter. Ent-

waffnung und Auflösung des militärischen Werkschutzes.

- Aktive Lohnpolitik zur Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
- Grundlegende Bildungs- und Hochschulreform, die der modernen Zeit gerecht wird und von den humanistischen Interessen des Volkes ausgeht.
- Brechung des Meinungsmonopols der Pressekonzerne — Enteignung des Springer-Konzerns.
- Gemeinsamer Kampf der Arbeiter, Bauern und der Intelligenz zur Überwindung einer Politik der Regierung und des Finanzkapitals, die Millionen Bauern die Existenz raubt.

Wir Kommunisten solidarisieren uns mit allen Kräften, die demokratische Forderungen stellen und werden selbst unseren Beitrag leisten zum gemeinsamen Kampf, um die Rechtsentwicklung abzustoppen und einer demokratischen Erneuerung den Weg zu bahnen. Auf diese Weise wenden wir die Politik an, die im Programmentwurf unserer Partei entwickelt ist.

IV.

Die demokratische Opposition und die kommenden Bundestagswahlen

Die Notstandsgegner haben in den vergangenen Wochen die richtige Forderung vertreten, daß kein Abgeordneter, der den Notstandsgesetzen die Zustimmung gibt, in ein Parlament oder in ein anderes öffentliches Amt gewählt werden darf. Damit ist die Frage aufgeworfen: Wie verhält sich die demokratische Opposition zu den kommenden Bundestagswahlen?

Die Abstimmungen bei der 2. und 3. Lesung über die Diktaturgesetze haben gezeigt, daß die im Parlament vertretenen Parteien mit dem herrschenden staatsmonopolistischen Kapitalismus fest verbunden sind. Kein Abgeordneter dieses Parlaments hat im Namen der Hunderttausende gesprochen, die gegen die Notstandsgesetze demonstriert haben. Obwohl im Parlament 100 Abgeordnete mit Nein gestimmt haben, fand sich kein einziger Abgeordneter, der den Standpunkt der

Gewerkschaften, daß die Notstandsgesetze insgesamt überflüssig sind und daher prinzipiell abgelehnt werden müssen, vertreten hat. Die Führer der Koalitionsparteien haben das Parlament diskreditiert, indem sie die demokratischen Kräfte, die für den Schutz der Verfassung eingetreten sind, beschimpften und diffamierten.

Die Demokraten unseres Landes dürfen sich mit einem solchen Parlament nicht länger abfinden. Man darf die CDU/CSU, die FDP und SPD im Bundestag nicht unter sich lassen. Auch die Gefahr, daß im nächsten Bundestag eine Fraktion der NPD vertreten sein könnte, unterstreicht die Notwendigkeit einer demokratischen Opposition im Parlament, die dort ihre Forderungen vertritt.

Wir Kommunisten wollen mit allen zusammenarbeiten, die bereit sind, für die demokratische außerparlamentari-

sche Bewegung eine Vertretung im Bundestag zu erkämpfen. Darum unterstützen wir alle Bemühungen, die darauf gerichtet sind, ein Wahlbündnis zu schaffen, das von Vertretern der Arbeiterbewegung, der Bauern und des Mittelstandes bis zu antimonopolistischen Kräften des demokratischen und liberalen Bürgertums reicht.

Wir Kommunisten setzen uns dafür ein, daß in kameradschaftlicher Diskussion und gegenseitiger Achtung ein gemeinsam vereinbartes Minimalprogramm zum Kampf gegen die Rechtsentwicklung, zur Durchsetzung antimonopolistischer Forderungen der verschiedenen sozialen Schichten der Bevölkerung, für die Erhaltung und Erneuerung der Demokratie und für die Sicherung des Friedens erarbeitet wird. **Es gilt, die Grundfragen zu stellen, welchen Weg die Bundesrepublik geht: Den Weg zur Notstandsdictatur und der Aggression nach außen oder einer Wendung zur demokratischen Erneue-**

rung der Gesellschaft und eines normalen friedlichen Verhältnisses zu allen Staaten in Europa.

Wir begrüßen es, daß sich führende demokratische Persönlichkeiten aus verschiedenen Schichten der Bevölkerung zusammengefunden haben und sich mit einem Aufruf für ein Wahlbündnis zu den Bundestagswahlen einsetzen. Wir stehen positiv zu ihren Überlegungen, daß die verschiedenen Gruppen in diesem Wahlbündnis gemeinsam ein Minimalprogramm vertreten. Wir begrüßen auch den Vorschlag, daß darüber hinaus im Wahlkampf alle Gruppierungen ihren eigenen Standpunkt verdeutlichen können, der dem Zweck dient, die verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu mobilisieren. In diesem Sinne erkennen wir unsere Aufgabe darin, gemeinsam mit allen sozialistischen und klassenbewußten Kräften in der Arbeiterklasse für dieses Wahlbündnis zu wirken.

Vertreter der Arbeitersache in den Bundestag

Die Arbeiterschaft braucht ihre eigenen klassenbewußten Vertreter im Parlament, die die gewerkschaftlichen Forderungen nach erweiterter demokratischer Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft aufgreifen, die sich auf der Grundlage eines wirtschaftlichen und sozialpolitischen Alternativprogramms der Schillerschen „konzertierten Aktion“ entgegenstellen. Die Arbeiterbewegung insgesamt braucht solche Abgeordnete im Parlament, die im Sinne der Forderung nach einer demokratischen Erneuerung der Gesellschaft wirken. Das macht es möglich, Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte, angesehene christliche und sozialdemokratische Arbeiter, Sozialpolitiker, Betriebsjugendsprecher für ein Wahlbündnis zu gewinnen.

Unsere Partei begrüßt und unterstützt jede Aktivität, die darauf gerichtet ist, daß sich Arbeiter und Arbeiterfunktionäre zusammenfinden, um zu beraten, welche Forderungen im Interesse des werktätigen Volkes im Wahlbündnis gestellt werden müssen und welche Maßnahmen durchgeführt werden können, um breite Schichten der Arbeiterschaft für die

Kandidaten eines solchen Wahlbündnisses zu mobilisieren.

Wir halten es für richtig, daß das Wahlbündnis den Kampf gegen die Parteien des Monopolkapitals — die CDU/CSU und die NPD — führt. Gleichzeitig sollte deutlich gemacht werden, daß die Politik der FDP sich nicht wesentlich von der der Großen Koalition unterscheidet. Es muß eine prinzipielle Auseinandersetzung mit der Politik der rechten sozialdemokratischen Führung geführt werden, damit sich die von der SPD-Politik enttäuschten Wähler und sozialdemokratischen Mitglieder und Gewerkschafter dem Wahlbündnis zuwenden. Dabei kommt es darauf an, unter den sozialdemokratischen Genossen Klarheit darüber zu schaffen, daß sich die Gemeinsamkeit der sozialdemokratischen Minister mit der CDU/CSU nur zum Schaden der Arbeiterklasse, der demokratischen Bewegungen und nicht zuletzt der SPD selbst auswirkt. Wie in unserem Programmentwurf ist den Sozialdemokraten überzeugend darzulegen, warum sie sich von den politischen Positionen der SPD-Minister trennen müssen, die in der Regierung

der Großen Koalition die CDU/CSU-Politik durchführen helfen. Deshalb ist es notwendig, daß bei den kommenden Bundestagswahlen die sozialdemokratischen mit den linken und demokratischen Kräften gemeinsam auftreten, damit im Bundestag eine Alternativpolitik der Arbeiterklasse und der demokratischen Bewegung vertreten wird. Bei den Wahlen stehen die Sozialdemokraten vor der Entscheidung, entweder weiter mit ihren rechten Führern die Politik der Kiesinger, Strauß, Guttenberg zu unterstützen oder gemeinsam mit den demokrati-

schen Kräften für eine Alternativpolitik einzutreten.

Selbstverständlich wird unsere Partei im Wahlkampf das Minimalprogramm des Wahlbündnisses ohne Einschränkung aktiv unterstützen. Das entspricht der Politik, wie sie im Programmentwurf dargelegt ist. Gleichzeitig ist es die Pflicht unserer Partei, vor der Bevölkerung den volksfeindlichen Charakter des spätkapitalistischen Gesellschaftssystems zu enthüllen und die Notwendigkeit zu begründen, die Kräfte zu entwickeln, die stark genug sind, dieses System zu überwinden.

Unsere Position zum Antiparlamentarismus

Angesichts der Entwertung und Diskreditierung des Bundestages, der Unterwerfung der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten unter die Pläne der herrschenden Kreise ist es erklärlich, daß aktive Kräfte der außerparlamentarischen Bewegung diese Haltung des Bundestages scharf verurteilen und antiparlamentarische Stimmungen aufkommen. Unsere Meinung ist es, daß sich die Vertreter antiparlamentarischer Auffassungen von der überwiegenden Mehrheit isolieren, die eine Vertretung im Parlament für notwendig hält. Sie isolieren sich aber auch von den Mitgliedern und Anhängern der Parteien, die im Parlament vertreten sind, von denen aber heute bereits ein Teil in der außerparlamentarischen Bewegung aktiv ist.

Das Parlament muß zur Tribüne des politischen Kampfes gemacht werden, um auch dadurch die Massen für den außerparlamentarischen Kampf zu mobilisieren. Wir erinnern daran, welche große Wirkung das Auftreten solcher Arbeiterführer wie August Bebel und Karl Liebknecht in den Parlamenten zur Mobilisierung großer Massen des Volkes gehabt hat. Die Abgeordneten der demokratischen Kräfte können die Interessen des Volkes im Parlament nur dann wirksam vertreten, wenn sie sich direkt auf starke außerparlamentarische Aktionen stützen. Dabei ist erforderlich, daß jeder Abgeordnete über seine Tätig-

keit ständig Rechenschaft gibt und sich der Kontrolle durch die Wähler stellt.

Wenn gesagt wird, daß durch die Beteiligung am Wahlkampf die Illusionen über das Parlament und damit über das herrschende System genährt würden, so meinen wir, daß die sozialistischen und demokratischen Kräfte den Wahlkampf als Teil der Aktionen zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft sehen müssen. Gerade im Wahlkampf gilt es, den Vormarsch neonazistischer Elemente durch Aktionen abzustoppen.

Im bevorstehenden Wahlkampf kommt es darauf an, den Forderungen der Arbeiter und Studenten nach demokratischer Mitbestimmung in Betrieb und Hochschule durch Aktionen Nachdruck zu verleihen. Gerade im Wahlkampf gilt es, der Manipulierung der öffentlichen Meinung auch mit der Forderung nach Enteignung des Springer-Konzerns entgegenzutreten. Der scheinheiligen Anbiederung etablierter Parteien, das „Gespräch mit der Jugend zu suchen“ und in Wirklichkeit durch eine „Persilwerbung“ auf Stimmenfang zu gehen, muß mit dem offensiven politischen Auftreten der demokratischen Kräfte begegnet werden. Gerade die neuen Methoden und Formen des Kampfes der außerparlamentarischen Bewegung sollten zu einem wichtigen Mittel des Wahlkampfes werden. So können die politischen Alternativen durch Diskussionen und Aktionen zum Mittelpunkt der Auseinandersetzung im Wahlkampf werden.

Die Koalitionspolitik der rechten SPD-Führer und die Lage in der SPD

Im Zusammenhang mit der Aufgabe, die Bewegung gegen die Rechtsentwicklung und für die demokratische Erneuerung der Gesellschaft zu entfalten, müssen wir uns besonders den Millionen Mitgliedern und Anhängern der Sozialdemokratischen Partei zuwenden. Während sich immer größere Teile der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre gegen die Fortsetzung der Großen Koalition wenden, verstärken die rechten sozialdemokratischen Führer ihren Gemeinsameitskurs mit der CDU/CSU selbst unter rücksichtsloser Mißachtung demokratisch gefaßter Beschlüsse der Parteioorganisationen, wie das in Baden-Württemberg geschehen ist. Es ist verständlich, wenn viele Sozialdemokraten fragen, wie es möglich ist, daß in anderthalb Jahren Regierungsbeteiligung in Bonn so viel an Einfluß in der Bevölkerung verloren ging, wie die SPD in einem Jahrzehnt gewinnen konnte.

Als sich im Dezember 1966 sozialdemokratische Führer mit der CDU/CSU in einer Koalition zusammenfanden, bezeichneten wir dieses als den Beginn eines verschärften Rechtskurses.

Die Ursachen für den Rechtskurs rechter SPD-Führer

Diese Politik der rechten Führungsspitze der SPD ergibt sich aus ihrer antikommunistischen Grundhaltung, ihrer Integration in das staatsmonopolistische System und aus ihrer Bereitschaft, den herrschenden Kräften der Bundesrepublik zu helfen, die ohne ihre Unterstützung nicht in der Lage sind, die Probleme der technischen Revolution im Interesse der großen Monopole zu meistern, die Staatsmacht zu zentralisieren und den aggressiven außenpolitischen Kurs fortzusetzen. Dabei stellen sie bewußt in Rechnung, daß sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei die Auseinandersetzungen verschärfen und die Partei selbst Schaden nimmt. So sagte der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Eppler, daß Wehner früher als andere gesehen habe, daß die SPD an dieser Hofnarrenrolle — d. h. der Regierungsbeteiligung — zerbrechen müsse.

Das stieß bei vielen sozialdemokratischen Genossen auf Skepsis. Die Tatsachen aber haben bewiesen, daß diese Feststellung leider richtig ist. Die Monopole haben ihre Profite erhöht, der soziale Lebensstandard der Arbeiter wurde gesenkt. Die Notstandsgesetze wurden durchgepeitscht. Die CDU, die damals in einer Krise war, konnte sich erneut festigen. Die neonazistische NPD nahm einen gefährlichen Aufschwung, aber die Sozialdemokratische Partei selbst geriet in eine offene Krise und büßte einen großen Teil ihres Einflusses in der Bevölkerung ein.

Nachdem die rechten sozialdemokratischen Führer der CDU/CSU die Notstandsgesetze in die Hände gegeben haben, gehen jetzt sozialdemokratische Führer dazu über, entgegen dem Willen der Mehrheit auch der SPD-Mitglieder, das Wahlrecht zu manipulieren. So finden bereits Verhandlungen über die Einführung des sogenannten Vierwahlkreissystems statt, das der CDU/CSU 1969 eine absolute Mehrheit bringen wird. Wie ist dieser, auch für Sozialdemokraten fast absurde Rechtskurs der SPD-Führung zu verstehen?

Alle Erwartungen der Sozialdemokraten, daß die Parteiführung auf dem Parteitag in Nürnberg einen demokratischen Weg als Alternative zum reaktionären Kurs in der Bundesrepublik zeigen würde, wurden tief enttäuscht.

Die NATO-Politik und das Bündnis mit den USA wurden als Eckpfeiler der Außenpolitik erklärt. Sie sollen auch der Ausgangspunkt der sogenannten neuen Ostpolitik sein. Die Erklärung, daß die Oder-Neiße-Linie bis zum Friedensvertrag respektiert werde, bedeutet in Wirklichkeit die Nichtanerkennung dieser Grenze. Mit der Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs gegenüber der DDR und der Offenhaltung eines Weges zur sogenannten europäischen Verteidigungsstrategie, um Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu bekommen, unterstützte der Parteitag die Regierungspolitik von Kiesinger/Strauß. Es wur-

den keine konkreten Entscheidungen über einen Rüstungsstopp bzw. zur Kürzung des Rüstungsetats gefordert. Alle Beschlüsse in der Wirtschaftspolitik entsprechen dem bisherigen Kurs der Koalitionsregierung. Gegen die

Gewerkschaften und die gesamte außerparlamentarische Opposition wurden scharfe Angriffe wegen ihres Widerstandes gegen die Notstandsgesetze und ihrer Kritik an den SPD-Ministern geführt.

Öffnung nach rechts fördert Neonazismus und Rechtskurs

Die Politik Wehners der Öffnung der SPD nach rechts — man könnte es so nennen — ist bis zu Ende durchgezogen. Das Resultat ist eindeutig. Die SPD wurde geschwächt, die „Öffnung nach rechts“ hat die Rechte selbst, den Neonazismus, die CDU/CSU und die NPD, immer stärker gemacht. Viele Sozialdemokraten sind darüber erschreckt, daß die jetzige Parteiführung trotz dieser Ergebnisse der „Öffnung nach rechts“ den alten Kurs fortsetzt. Brandt hat unmittelbar nach der Zustimmung zu den Notstandsgesetzen an Kiesinger ein Angebot gemacht. Die sozialdemokratischen Minister und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ist danach bereit, alle wesentlichen, von der CDU/CSU geforderten sogenannten Reformen bis zu den Wahlen 1969 durchzusetzen. Dazu gehören das von Strauß ausgearbeitete Finanzgesetz, das eine Einschränkung der Selbstverwaltung und Finanzhoheit der Länder und Gemeinden mit sich bringt; das Gesetz zur Strukturveränderung im Interesse der Monopole und das Gesetz über die Verkehrsplanung, das in hohem Maße gegen die Mittelschichten gerichtet ist. Es ist nicht

schwer, vorauszusagen, daß mit der Durchführung einer solchen Politik die SPD weiter zerleben und die Rechtsentwicklung vorwärtsgetrieben wird.

Durch diesen Rechtskurs der Führungsspitze wird der Widerspruch zwischen den breiten Massen der sozialdemokratischen Mitglieder, Anhänger und Wähler und der Parteiführung immer größer. Das Anwachsen oppositioneller Kräfte in der SPD, bei den Jungsozialisten, den Falken, zeigte sich auch auf dem Nürnberger Parteitag und in den Aktionen gegen die Notstandsgesetze. Der Widerstand in der Sozialdemokratischen Partei gegen die Zusammenarbeit mit der CDU/CSU wird immer größer. In den letzten Wochen haben sich ganze Landesorganisationen wie Baden-Württemberg, Hamburg und Bremen gegen die Fortsetzung der Großen Koalition in Bonn und gegen die Zustimmung der Bundestagsfraktion zu den Notstandsgesetzen ausgesprochen. Bereits auf dem Parteitag in Nürnberg wurde in einer Abstimmung klar, daß fast die Hälfte der Parteitagsdelegierten den Eintritt in die Große Koalition verurteilte.

Wachsende Auseinandersetzung in der SPD

Wie sich die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratischen Partei entfalten, kommt auch in folgenden Erscheinungen zum Ausdruck:

- in der Herausbildung eines Arbeiter- und Gewerkschaftsflügels in der SPD;
- in dem zunehmenden Druck der Gewerkschaften auf die SPD in den Mitbestimmungsgesetzen.

Trotz der Bildung eines Gewerkschaftsrates beim Parteivorstand der SPD werden die Gegensätze zwischen der Politik der rechten SPD-Führung und den Gewerkschaften nicht ausgeräumt. Die Krise in der SPD wird ganz deutlich in der fast völligen Entfrem-

dung und dem teils offenen Konflikt zwischen sozialdemokratisch beeinflussten Jugend- und Studentenverbänden und der SPD-Führung, in der wachsenden Teilnahme von Sozialdemokraten an den außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen; in der Tatsache, daß es der rechten Führungsgruppe der SPD mit dem politischen Dokument „Perspektiven für die siebziger Jahre“ nicht gelungen ist, die zunehmende Unzufriedenheit, Unruhe und wachsende Opposition in der SPD zu entschärfen. Die Zuspitzung der Krise in der Sozialdemokratischen Partei kommt auch zum Ausdruck in der Mißachtung der innerparteilichen Demokratie, dem massiven Versuch, die

oppositionellen Kräfte aus der Partei auszuschließen oder hinauszudrängen.

Die rechten Führer der SPD, wie Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Willy Brandt haben auf dem Nürnberger Parteitag und danach große Versuche unternommen, dieser krisenhaften Entwicklung in der eigenen Partei dadurch zu begegnen, daß sie ihre pro-imperialistische Politik zu verschleiern suchen. Zu diesem Zweck versuchen sie, sich optisch von der CDU/CSU abzugrenzen. Dazu wurde der Begriff des „begrenzten Konflikts“ mit der CDU/CSU erfunden. Diesem Zweck dienen auch solche Äußerungen wie, man müsse die Grenze mit Polen bis zum Friedensvertrag respektieren, oder die Formulierung, daß die SPD für die Unterzeichnung eines Atomwaffensperrvertrages sei. Dabei wird allerdings der Zusatz gemacht, daß dabei die vitalen Interessen der Bundesrepublik gewahrt werden müßten und der Weg zu einer politischen Union Europas mit einer selbständigen Verteidigungspolitik nicht versperrt werden dürfe. Das kann nur bedeuten: Der Weg soll offenbleiben zur Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Die rechten Führer sprechen über eine Entkrampfung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Sie reden von einer Friedensordnung in Europa. Das alles dient der Tarnung; man möchte glauben machen, die SPD habe eine andere politische Konzeption als die CDU/CSU.

Was als Politik des begrenzten Konflikts mit der CDU/CSU bezeichnet wird, erweist sich somit als reines Wortgefecht, das weder Kiesinger noch Strauß ernst nehmen. Der wirkliche

Kampf der rechten SPD-Führer richtet sich gegen die Linkskräfte. Wehner und Brandt stellten die ungeheuerliche Behauptung auf, daß die Aktivitäten der außerparlamentarischen Bewegung, die Demonstrationen für Mitbestimmung an den Universitäten und gegen das Pressemonopol des Springer-Konzerns, die Protestaktionen gegen den Mordanschlag auf Rudi Dutschke verantwortlich seien für das Anwachsen der neonazistischen Kräfte. Die geschichtlichen Erfahrungen aber beweisen, daß immer dann, wenn mit Hilfe der Staatsgewalt gegen links geschlagen wurde, die KPD und andere demokratische Organisationen verfolgt wurden, dies eine Rechtsentwicklung begünstigte. Die Unterstützung eines solchen Kurses durch die rechte sozialdemokratische Führung hat stets zu einer Schwächung der Arbeiterklasse geführt und lähmte den Widerstand der demokratischen Kräfte gegen den wachsenden faschistischen Terror.

Trotz der Täuschungsmanöver der rechten sozialdemokratischen Führer beginnen viele sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre zu erkennen, daß die wahre Ursache dieser auch für die SPD gefährlichen Entwicklung in der Politik der rechten SPD-Führungsspitze liegt. Immer größer wird in der Sozialdemokratischen Partei das Verlangen, mit der CDU/CSU zu brechen und eine eigene selbständige sozialdemokratische Politik zu entwickeln, die sich mehr an den sozialen und demokratischen Interessen des Volkes orientiert. Solche Beschlüsse gab es in den Landesorganisationen von Hamburg, Bremen, in Hessen und in zahlreichen Unterbezirken der übrigen Länder.

Unser Angebot: Gemeinsam Rechtsentwicklung und Anwachsen der NPD stoppen

Angesichts der bedrohlichen Entwicklung und der Verpflichtung, die Kommunisten und Sozialdemokraten für die Sicherung des Friedens und der Demokratie haben, hat sich unser Zentralkomitee am 23. Januar 1968 mit einem Offenen Brief an alle sozialdemokratischen Mitglieder und Anhänger und an die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten gewandt.

Wir haben den sozialdemokratischen Genossen angeboten, gemeinsam dafür einzutreten, alles zu tun, um die Rechtsentwicklung, das Anwachsen der

NPD abzustoppen, gemeinsam dafür einzutreten, daß die verhängnisvolle Zusammenarbeit mit der CDU/CSU beendet wird.

Wir haben uns wiederholt an die sozialdemokratischen Mitglieder, auch an die Führung, gewandt, um gemeinsam die Rechtsentwicklung abzustoppen. Aber die rechte Führung der SPD hat immer wieder eine solche Zusammenarbeit mit uns und allen demokratischen Kräften abgelehnt. Es ist offensichtlich, daß damit die Arbeiterbewegung ernsthaft geschädigt wird.

Der Ernst der Entwicklung erfordert, daß jede Leitung, jede Grundeinheit unserer Partei mit den entsprechenden Organisationen und Leitungen der SPD eine gründliche kameradschaftliche politische Diskussion über die gefährliche Situation durchführt. Es kommt darauf an, eine gemeinsame Antwort zu finden auf die Frage: Wo steht die Bundesrepublik, wohin treibt sie? Wie es ein unserem Programm-entwurf heißt, stehen Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam vor der Entscheidung:

„Wird die Bundesrepublik ein Land des gesellschaftlichen Rückschritts, der sozialen Unsicherheit, wirtschaftlicher Krisen ein Zentrum des Neonazismus und eine Quelle der Friedensbedrohungen bleiben, oder werden wir endlich die Interessen und den Willen des arbeitenden und friedliebenden Volkes durchsetzen und die Bundesrepublik auf den Weg des Friedens, des gesellschaftlichen Fortschritts und der Völkerverständigung führen?“

VI.

Die neue Lage und die Gewerkschaften

Es wird immer offensichtlicher, daß die Gewerkschaften in der politischen Auseinandersetzung eine zunehmende Rolle spielen. Dabei ist die Haltung der Gewerkschaften durchaus nicht einheitlich, sondern voller Widersprüche. Nehmen wir die Frage, um die es in der letzten Zeit die größte politische Auseinandersetzung gab: die Notstandsgesetze.

Obwohl die Gewerkschaften seit Jahren einen ablehnenden Standpunkt gegenüber den Notstandsgesetzen vertraten, wichen Gewerkschaftsführer in der letzten Phase des Kampfes gegen die Beschlußfassung der Notstandsgesetze vor dem Druck rechter SPD-Führer und der Regierung zurück. So wurde besonders der Vorstand des DGB seiner Verantwortung nicht gerecht. Das rief zum Teil offene Empörung bei den Notstandsgegnern hervor. Gruppen von Arbeitern und Studenten zogen vor Gewerkschaftsbüros, um mit den Gewerkschaftssekretären zu diskutieren, daß es notwendig sei, zu Kampfaktionen aufzurufen. Infolge der Haltung von Gewerkschaftsleitungen entstanden auch gewerkschaftsfeindliche Stimmungen und Meinungen, die die Gewerkschaften im ganzen völlig undifferenziert verurteilten. So wurden

vereinzelte Unterschriften gesammelt für Texte, in denen zum Austritt aus den Gewerkschaften aufgefordert wurde.

Die Gewerkschaften sind durch ihre zwiespältige Haltung in die Gefahr geraten, an Ansehen und Einfluß in der Arbeiterschaft zu verlieren. Es entsteht die ernsthafte Gefahr, daß die Gewerkschaften, indem Gewerkschaftsführer sich der Politik der rechten SPD-Führer anpassen, ebenso Schaden erleiden wie die Sozialdemokratische Partei. So sehr wir die Kritik an der schwankenden Haltung von Gewerkschaftsführern verstehen, so falsch halten wir die Schlußfolgerung, aus den Gewerkschaften auszutreten.

Die Gewerkschaften werden nur dann wachsen und Einfluß gewinnen, wenn sie sich aktiv für die sozialen und demokratischen Interessen des werktätigen Volkes einsetzen. Darum ist es im Interesse der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften selbst, wenn in den Gewerkschaften eine ernsthafte und sachliche Auseinandersetzung über die Argumente durchgeführt wird, die rechte Gewerkschaftsführer gebrauchten, um den Kampf gegen die Regierungspolitik einzuschränken.

Gewerkschaften und reaktionäre Parlamentsbeschlüsse

Es wurde u. a. das Argument gebraucht, man dürfe das Parlament, die Abgeordneten nicht unter Druck setzen. Die Arbeiter, auch die Gewerkschafter, müßten jedes Gesetz, das vom

Parlament beschlossen wurde, auch wenn es sich gegen die Arbeiter richtet, respektieren. Es ist offensichtlich, daß es bei den Notstandsgesetzen nicht darum geht, ob allgemeine Beschlüsse des

Parlaments respektiert werden müssen, sondern darum, daß die demokratischen Kräfte verhindern müssen, daß Gesetze beschlossen und durchgeführt werden, die sogar das Grundgesetz aufheben und im offenen Widerspruch zu den sozialen und demokratischen Interessen des werktätigen Volkes stehen.

Besonders nachdem die Notstandsgesetze beschlossen sind, gilt es, den Willen und die Entschlossenheit in den Betrieben und Gewerkschaften zum politischen Massenstreik zu entwickeln, um die Durchsetzung der Diktaturpläne zu verhindern. Das aber erfordert in den Gewerkschaften eine gründliche kameradschaftliche ideologische Auseinandersetzung darüber, daß die Arbeiterklasse sich den Zwangsmaßnahmen eines reaktionären

Regimes nicht unterwerfen darf, sondern für die Erhaltung und Durchsetzung der demokratischen Volksrechte alle Kampfmittel — auch die Waffe des politischen Massenstreiks — anwenden muß.

Auch die Führung der Gewerkschaften sieht sich jetzt der Lage gegenübergestellt, daß mit den Notstandsgesetzen die Unabhängigkeit der Gewerkschaften und der gewerkschaftliche Kampf selbst ernsthaft bedroht sind. Die Kritik an den Gewerkschaften und die Unzufriedenheit mit ihrer Haltung macht offensichtlich, daß im Verhältnis der Gewerkschaften zu den Arbeitern etwas nicht stimmt. Das zeigte sich nicht nur im Kampf gegen die Notstandsgesetze, sondern auch im Kampf um die sozialen Belange der Arbeiterschaft.

Gewerkschaften, Große Koalition und die Wirtschaftspolitik Schillers

In diesem Zusammenhang etwas zum Verhältnis der Gewerkschaften zur Regierung in Bonn, besonders zur Wirtschaftspolitik des SPD-Ministers Schiller.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres standen viele Millionen Arbeiter vor der Notwendigkeit, die Tarife zu kündigen und eine Erhöhung der Löhne und Gehälter durchzusetzen. Zur Durchsetzung der Wirtschaftspolitik Schillers wurden Anfang des Jahres im Rahmen der „konzertierten Aktion“ Lohnleitlinien bekanntgegeben, nach denen sich die Gewerkschaften und die Unternehmer richten sollten. Wie stehen wir dazu?

Die Höhe des Lohnes ist stets abhängig von der Entschlossenheit der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, ihre ganze Kampfkraft zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen in die Waagschale zu werfen. Wir müssen aber feststellen, daß alle Gewerkschaftsleitungen, auch die Leitung der IG Metall, sich im großen und ganzen mit ihren Forderungen im Rahmen der von der Regierung offiziell mit den Monopolen abgesteckten Wirtschaftspolitik bewegen. Die IG Metall hat bekanntlich einen neuen Lohnvertrag abgeschlossen, der eine Lohnerhöhung ab 1. April dieses Jahres von 4 Prozent und von weiteren 3 Prozent ab 1. Januar 1969 bringt. Dieser Vertrag soll eine Laufdauer von

18 Monaten haben. Damit bleibt dieser Tarifvertrag selbst hinter den von Schiller bekanntgegebenen Lohnleitlinien zurück, nach denen im Jahre 1968 eine reale Lohnerhöhung von 4 bis 5 Prozent möglich sein soll. Nach dieser Konzeption Schillers ist aber für das Jahr 1968 eine Preiserhöhung u. a. durch die Heraufsetzung des Mehrwertsteuersatzes bis zu 3 Prozent zu erwarten. Danach würde die vierprozentige Lohnerhöhung in der Metallindustrie für die 3,2 Millionen Werktätigen bereits auf 1 Prozent zusammenschrumpfen. Wenn man berücksichtigt, daß die Lohnerhöhung nicht für das ganze Jahr gilt, sondern nur für neun Monate, so ist das praktische Resultat für das ganze Jahr gleich Null.

Es ist klar, daß eine solche Tarifpolitik nichts zu tun hat mit der von den Gewerkschaften, auch der IG Metall, beschlossenen aktiven Lohnpolitik. Die aktive Lohnpolitik soll nicht nur das Einkommen der Arbeiter und Angestellten absolut erhöhen, sondern auch noch zu einem höheren Anteil am Sozialprodukt führen. Klar ist auch, daß der Abschluß eines solchen Tarifs und der Verzicht auf einen aktiven Lohnkampf auf dem Höhepunkt des Kampfes gegen die Notstandsgesetze mit dazu beigetragen hat, daß die soziale Bewegung von Millionen Arbeitern nicht in den Kampf gegen die Notstandsgesetze eingeflossen ist.

Der Betrug mit der „sozialen Symmetrie“

Wo liegen die Ursachen für eine solche unzulängliche Lohnpolitik der Gewerkschaften? Sie sind zu suchen in den Illusionen, die es in den Gewerkschaftsleitungen gibt, daß in der Regierung der Großen Koalition durch den sozialdemokratischen Wirtschaftsminister auf der Grundlage angeblicher gemeinsamer Interessen der Unternehmer und Arbeiter die Interessen der Arbeiterschaft im Rahmen der „konzertierten Aktion“ durchgesetzt werden können. Dazu hat Minister Schiller das verführerische Wort von der „sozialen Symmetrie“ erfunden. Die Wirklichkeit aber ist, daß die Gewinne der Unternehmer nach der Konzeption Schillers im Jahre 1968 um mindestens 20 Prozent ansteigen, während — wie eben am Beispiel der IG Metall geschildert — der Reallohn der Arbeiter stagniert, obgleich die Arbeitsleistung steigt.

Für alle Arbeiter spielen die Auswirkungen der Rationalisierung und Automation eine immer größere Rolle. Die IG Metall hat bei den Tarifverhandlungen den Abschluß eines Rationalisierungsschutzabkommens gefordert. Damit ist ein gewisser Anfang gemacht, gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung aufzutreten. Es muß aber auch festgestellt werden, daß eine entscheidende Forderung der IG Metall nicht durchgesetzt wurde, nämlich einen gemeinsamen Ausschuß einzusetzen, der im Rahmen der Betriebspolitik auch die Personalentwicklung planen soll. Dieser Grundgedanke ist darum wichtig, weil er im Zusammenhang mit den Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften steht. Sowohl das Ergebnis des Rationalisierungsschutzabkommens als auch der Inhalt des Tarifabschlusses zwingt zu der Schlußfolgerung, daß in den Gewerkschaften eine grundsätzliche Diskussion darüber geführt werden muß, daß die Anpassung der Gewerkschaftspolitik an die Regierungspläne und damit an die Pläne der großen

Monopole für die Arbeiterschaft schädlich ist. Es kommt darauf an, von der eigenen Position aus — von den Klasseninteressen aus — die Gewerkschaftsforderungen zu entwickeln und mit dem Einsatz der ganzen Kraft zu verwirklichen.

Eine solche aktive Politik der Gewerkschaften zur Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter hat unter den jetzigen Bedingungen durchaus reale Chancen. Im Rahmen des Konjunkturzyklus ist der Tiefpunkt des wirtschaftlichen Rückschlags durchschritten; in der Stahlindustrie gibt es einen Aufschwung. Natürlich darf uns das nicht zu der Einschätzung verführen, als ob jetzt erneut ein ähnlicher Konjunkturaufschwung zu erwarten sei, wie in den vergangenen 10 bis 15 Jahren. Die wirtschaftliche Lage für die Arbeiter bleibt weiterhin labil und unsicher, besonders deshalb, weil die Strukturkrisen weiter wirken, die Rüstungspolitik weiter forciert und der Konkurrenzkampf der großen Monopole untereinander, besonders auf dem Weltmarkt, an Schärfe zunehmen wird. Die schnelle Entwicklung der Automation und Rationalisierung unter dem Kommando der großen Konzerne ist ein dauerndes Mittel, um durch betriebliche und staatliche Maßnahmen die Einkünfte der Arbeiter erheblich herunterzudrücken. So bleibt die soziale Existenz nicht nur unsicher, sondern sie wird unter den Bedingungen der Herrschaft der großen Monopole noch weiter gefährdet.

Im Zusammenhang mit der reaktionären Entwicklung und den aggressiven Zielen der Monopolbourgeoisie zwingen uns diese Tatsachen zu der Feststellung, daß der soziale und politische Konflikt sich nicht nur nicht abschwächen wird, sondern an Schärfe gewinnt. Auf diese Lage die Gewerkschaften einzustellen — das ist heute die besondere Aufgabe, auf die sich alle fortschrittlichen Gewerkschafter orientieren müssen.

Im Zentrum der Aufgaben: Der Kampf um Mitbestimmung

Wir haben in unserem Programmtext dargelegt, warum der Kampf um Mitbestimmung in das Zentrum der gewerkschaftlichen Aufgaben rücken muß.

Das wird im allgemeinen auch als richtig anerkannt. Es werden aber auch Zweifel geäußert, ob durch die Verwirklichung einer solchen Forderung

eine Änderung der Lage für die Arbeiterschaft erreicht werden kann. Mit einigen Aufsichtsratsposten würde nur erreicht, daß Arbeiterfunktionäre korrumpiert und der Arbeiterschaft entfremdet werden und für die Arbeiterklasse selbst nichts herauskomme.

Es stimmt natürlich, daß in den Plänen rechter sozialdemokratischer Führer, auch von Gewerkschaftsführern, die Mitbestimmung als ein Mittel zur Erhaltung des Betriebsfriedens — wie sie sagen — angesehen wird und keinesfalls als ein Kampfmittel in den Händen der Arbeiterschaft betrachtet wird.

Wir Kommunisten sehen in der Mitbestimmung keineswegs irgendein Werkzeug einer illusionären Sozialpartnerschaft oder Klassenharmonie. Die Mitbestimmung muß vielmehr den Arbeitern dazu dienen, die Unsicherheit ihrer Lage zu überwinden, dem Machtmißbrauch der Großkapitalisten entgegenzutreten und Einfluß in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu gewinnen. Die Mitbestimmung muß sich erstrecken auf den Arbeitsplatz, den Betrieb, das Unternehmen und die staatliche Wirtschaftspolitik.

Die Mitbestimmung wird in den Händen der Arbeiter nur dann ein echtes Kampfmittel sein können, wenn die Gewerkschaften bei der Praktizierung der Mitbestimmung von der eigenen Klassenposition ausgehen, eine Wirtschaftspolitik im Interesse der Arbeiterschaft entwickeln, um bewußt der Profitwirtschaft der Monopolherren entgegenzutreten.

Die wachsende Rolle der Betriebsräte

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit des politischen Kampfes der Arbeiterklasse um ihre demokratischen Rechte, der Verschärfung des sozialen Konflikts machen wir auf die große Rolle aufmerksam, die den Betriebsfunktionären und insbesondere den Betriebsräten zukommt. Gerade die jüngsten Erfahrungen machen noch einmal deutlich, in welchem Umfang die politische Aktivierung der Belegschaften abhängt von politisch klaren und kampfbereitschaftlichen Betriebsräten.

Wenn wir von diesem Gesichtspunkt aus die uns bis jetzt bekannten Ergeb-

Der Bundesvorstand des DGB hat einen Gesetzentwurf für die Ausweitung des Mitbestimmungsrechts der Gewerkschaften ausgearbeitet. Die Bundestagsfraktion der SPD wurde vom Nürnberger Parteitag beauftragt, noch in dieser Legislaturperiode dafür eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Der Entwurf des Bundesvorstandes des DGB beschränkt sich auf das jetzt bestehende, unzureichende Mitbestimmungsrecht auf weitere Betriebe. Die SPD-Führung betrachtet die Mitbestimmung lediglich als ein Mittel, die Gewerkschaften zu einem Ordnungsfaktor im staatsmonopolistischen Kapitalismus zu machen. Die Argumentation von Gewerkschaftsführern, daß die Mitbestimmungsforderungen doch für die Unternehmer annehmbar seien, daß die bisherige Mitbestimmung doch den Betriebsfrieden nicht gestört habe, rückt in die fatale Nähe jener Charakterisierung der Mitbestimmung, daß damit die Große Koalition in die Betriebe getragen werde. Darum erachten wir es für notwendig, die Forderung nach Ausweitung des Mitbestimmungsrechts zu verbinden mit der Forderung nach einer echten Einflusnahme auf die Wirtschaftspolitik der großen Konzerne, auf die Personalpolitik, auf die Verwaltung, auf Gewinne, Dividenden und Abschreibungen und vor allem auf die Wirtschaftspolitik des Bundes und der Länder. Mit solchen Forderungen wird es auch möglich sein, die Masse der Arbeiterschaft für den Kampf um die Durchsetzung der Mitbestimmung zu mobilisieren und die Gewerkschaften zu stärken.

nisse der Betriebsratswahlen überblicken, so muß der ernsthafte Mangel festgestellt werden, daß es unseren Leitungen und Betriebsgruppen nicht gelungen ist, durch Arbeitsprogramme der Kandidaten für die Betriebsratswahlen zu einer wesentlichen Erhöhung des politischen Bewußtseins der Belegschaft beizutragen. Auch die Gewerkschaften stellen sich zum Teil die Aufgabe, solche Arbeitsprogramme zur Grundlage der Betriebsratswahlen zu entwickeln. Auch sie konnten aber keine Fortschritte erzielen. **Das unterstreicht noch mehr, wie notwendig es ist, unsere Betriebsgruppen politisch zu qualifizieren, damit sie in der Lage**

sind, gemeinsam mit ihren sozialdemokratischen Kollegen betriebliche Arbeits- und Kampfprogramme auszuarbeiten, die zu einer echten Grundlage der Arbeit sowohl für den Vertrauensleutkörper als auch für die Betriebsräte werden können.

Es ist für unsere Partei, für die Ent-

wicklung der Kampfkraft der Arbeiterklasse dringend erforderlich, daß alle Leitungen und Betriebsgruppen die Werbung von Arbeitern, besonders von qualifizierten Arbeiterfunktionären aus den Betriebsrats- und Vertrauensleutkörpern für die Partei verstärken.

VII.

Die Diskussion des Programmentwurfs und einige Antworten

Wir erachten es auf dieser ZK-Tagung für erforderlich, gerade in Verbindung mit den bedeutsamen Aktionen der letzten Wochen und Monate zu untersuchen, wie die Diskussion in der Partei über den Programmentwurf die politische Arbeit qualifiziert und geholfen hat, die Aktivität der Partei in den einzelnen Bewegungen zu erhöhen.

Die Übergabe des Programmentwurfs an die Partei und die Öffentlichkeit geschieht in einer Zeit, da sich der Klassenkampf verschärft hat. Die politischen und ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Klassenkräften nehmen zu. Durch die Bewegungen sind neue Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung und der ideologischen Orientierung aufgeworfen worden. Darauf müssen wir antworten. Zugleich haben wir uns mit jenen Auffassungen auseinanderzusetzen, die die Entfaltung des Kampfes der demokratischen und sozialistischen Kräfte und ihr Zusammengehen behindern. Unser Programmentwurf, die Diskussion darüber sowohl in der Partei als auch in der Öffentlichkeit, vor allem aber in der Arbeiterklasse und unter der Jugend, ist hierfür auch weiterhin die Grundlage.

Bis heute sind zum Programm-Entwurf 2070 Stellungnahmen eingegangen. Täglich gehen weitere ein, und weit größer ist die Zahl der Meinungen und Fragen, die bislang noch nicht schriftlich formuliert sind. Außerdem muß man in Betracht ziehen, daß in vielen Grundeinheiten der Partei der Programmentwurf in mehreren Zusammenkünften diskutiert wird und

daß sich dabei weitere und neue Gesichtspunkte ergeben können. Nach den vorliegenden Berichten können wir feststellen, daß bis zum 15. Mai etwa 50 Prozent der Grundeinheiten die Diskussion über den Programmentwurf begonnen haben und daran ungefähr ein Drittel der Parteimitglieder teilnahmen. Die Bezirke Hamburg, Niederrhein und Ruhrgebiet haben bisher in mehr als 50 Prozent der Grundeinheiten die Diskussion begonnen. Die Bezirke Baden und Württemberg stehen vor der Aufgabe, die eingetretene Verzögerung aufzuholen. Wenn solche Bezirksleitungen wie Schleswig-Holstein und Niedersachsen keine genauen Angaben über den Stand der Diskussion machen konnten, so weist diese fehlende Übersicht zugleich auf einen Mangel in der notwendigen systematischen Einbeziehung der Grundeinheiten der Partei in die Diskussion hin.

Schon jetzt können wir feststellen, daß der vorliegende Programmentwurf ein breites Interesse nicht nur innerhalb der Partei, sondern in allen Schichten gefunden hat. Zahlreiche Fragen, die der weiteren Klärung bedürfen, werden in Artikeln oder entsprechenden Materialien behandelt. Das geschieht im gewissen Umfang bereits, muß aber weiter verbessert werden.

Auf dieser ZK-Tagung möchten wir nur auf einige solcher Fragen aus der Diskussion über den Programmentwurf eingehen, die für die Weiterführung der Bewegungen von besonderer Bedeutung sind:

1. Zum Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Im Abschnitt „Das Großkapital beherrscht Gesellschaft und Staat“ wurde im Programmentwurf eine gründliche wissenschaftliche Analyse des gegenwärtigen Herrschaftssystems und seines Mechanismus ausgearbeitet. Es gibt Genossen, die auf eine so ausführliche Charakterisierung der Macht- und Besitzverhältnisse verzichten möchten. Und es gibt nicht wenige Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die mit dieser Analyse nicht einverstanden sind. Sie sprechen von „Schwarzmalerei“ oder „Verkennung der Wirklichkeit“. Sie vertreten trotz kritischer Einzelbemerkungen zu den Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik die Auffassung, daß die Staatsmacht im Grunde einen demokratischen Charakter trage.

Es ist keine „Schwarzmalerei“, sondern die Wahrheit, wenn wir nachweisen, daß die Industrie- und Bankkonzerne immer mehr mit dem Staatsapparat verschmolzen sind. Dazu ein alltägliches, anschauliches Beispiel:

Vor kurzem ist der 83. Starfighter der Bundesluftwaffe abgestürzt, wobei der 42. Pilot den Tod fand. Der hierfür verantwortliche Generalleutnant und Luftwaffeninspekteur Werner Panitzky ist mit großem Zapfenstreich und hohem Ruhegeld entlassen worden. Er sitzt jetzt als Vorsitzender des Beirats in der Luftrüstungsfirma Europavia/Deutschland GmbH mit Sitz in Köln. Also: Panitzky kam von der Spitze der Bundesluftwaffe an die Spitze des Luftrüstungs-geschäfts. Neben ihm im Beirat sitzen von Regierungsseite Professor Bock aus der staatlichen Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt, Herr Walther, Direktor des Luftrüstungskonzerns Ernst-Heinkel-AG und weiter Dr. Pirkham, Direktor der Deutschen Bank. Ein Boß der mächtigsten Großbanken neben einem eingefleischten Militä-

risten und einem offiziellen Vertreter der Regierung — sind vereint im Rüstungsgeschäft für die Aggressionspolitik. Anhand solcher und ähnlicher Beispiele gilt es, den sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschaftern nachzuweisen, in welchen konkreten Formen die Monopole herrschen, wie das Großkapital seine ökonomische und politische Macht mißbraucht, um aus der Rüstungswirtschaft und der wissenschaftlich-technischen Revolution Profit zu schlagen; warum es aus eben diesen Gründen danach drängt, die letzten demokratischen Rechte abzubauen und autoritäre Regierungsformen durchzusetzen und warum es eben aus diesen Gründen mit einer monopolistischen Presse die öffentliche Meinung manipuliert.

Es ist also erforderlich, daß wir in der weiteren Diskussion über den Programmentwurf die von uns ausgearbeitete Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus vertiefen und mit Beispielen noch umfassender begründen. Das ist auch darum wichtig, weil unter progressiven Menschen das Verständnis für die Bedeutung und die Rolle der sozialistischen DDR klarer wird, wenn man eine richtige Einschätzung vom Wesen des aggressiven Charakters des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik hat.

Darum betrachten wir gerade diesen Abschnitt im Programmentwurf, in dem die Klassenstruktur des Bonner Staates dargelegt ist, für so wichtig, weil sich erst darauf eine richtige Strategie und Taktik der sozialistischen und demokratischen Kräfte im Kampf gegen die gefährliche neonazistische Entwicklung und für die Veränderung der Klassenkräfte zugunsten der Volksmassen, für eine demokratische und sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft ergibt.

2. Zur Rolle der Arbeiterklasse

Im Zusammenhang mit den Unklarheiten über den Charakter des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wird im Verlauf der Bewegungen und Aktionen vielfach die Frage nach der Rolle der Arbeiterklasse gestellt. Die rechte SPD-Führung negiert schon seit langem die führende Rolle der Arbeiter-

terklasse in der Gesellschaft und hat dementsprechend eine selbständige Arbeiterpolitik aufgegeben. Diese Führer der SPD, wie Wehner, H. Schmidt, Brandt, bejahen nicht nur die bestehende gesellschaftliche Ordnung, sie identifizieren sich auch mit den machtpolitischen Zielen des Monopolkapitals

und sehen ihre Aufgabe darin, dieses System soweit wie möglich funktionsfähig zu erhalten. Darum anerkennen sie auch die führende Rolle der Bourgeoisie in allen Fragen, die die Nation betreffen. Wie die Krise in der SPD beweist, widersetzen sich aber in zunehmendem Maße die Mitglieder der Partei einer solchen Politik ihrer Parteiführung.

In der Auseinandersetzung unterscheiden wir sehr wohl zwischen jenen bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Ideologen und Politikern, die die Rolle der Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftliche Kraft verneinen, und jenen Arbeitern, Gewerkschaftern, Studenten und jungen Arbeitern, die an der revolutionären Potenz der Arbeiterklasse und ihrer Führungsrolle zweifeln.

Besonders von Studenten, von einer linksradikalen Position oder von revolutionärer Ungeduld her wird die Rolle der Arbeiterklasse als der entscheidenden Kraft der demokratischen und sozialistischen Bewegung in Frage gestellt. Wir müssen durch die Heranführung der Arbeiterklasse an Aktionen für die Durchsetzung ihrer ökonomischen und politischen Klasseninteressen sowie einer breiten ideologischen und theoretischen Aufklärung diese Zweifel überwinden. Dies umso mehr, als in der Tat auch innerhalb der Arbeiterklasse der Unglaube an die eigene Kraft weit verbreitet ist. Dabei wird oft auf das unentwickelte und zeitweilig sogar gesunkene Klassenbewußtsein hingewiesen.

Der Marxismus hat niemals die objektive gesellschaftliche Stellung der Arbeiterklasse und die sich aus ihr ergebende historische Mission mit ihrem jeweiligen Bewußtseinsstand, ihrer politischen Haltung und Aktivität gleichgesetzt. Ihrer Stellung in der Produktion und Gesellschaft nach ist die Arbeiterklasse die entscheidende gesellschaftliche und revolutionärste Kraft. Sie wird aber zu einer aktiv und revolutionär handelnden Kraft nur dann, wenn sie aus einer — wie Marx sagte, „Klasse an sich“ zu einer „Klasse für sich“ wird. Und dies wird sie in dem Grade, in dem sie Klassenbewußtsein erlangt.

In der Inauguraladresse der I. Internationale schrieb Karl Marx, die Arbeiterklasse besitze ein Element

ihres Erfolges, die Zahl. Karl Marx sagte: „Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet.“¹⁾

Es ist nicht zu übersehen, daß im Prozeß der Konzentration des Kapitals die Zahl der bisher selbständig Tätigen in Landwirtschaft, Handwerk und bei den städtischen Kleinproduzenten sinkt. Dadurch erhöht sich laufend der Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtbevölkerung. So erhöht sich gesetzmäßig das Gewicht der Arbeiterklasse in der Gesellschaft. Infolge der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Automatisierung in den Großbetrieben übt ein immer größerer Teil der Arbeiterschaft qualifiziertere Funktionen in der Produktion aus und wird in das Angestelltenverhältnis überführt. Das ändert aber nichts daran, daß sie weiter Ausgebeutete bleiben und der Arbeiterklasse angehören.

Viele Arbeiter verstehen aber heute die wirtschaftlichen und sozialen Konflikte noch nicht als einen Kampf der Klasse gegen die Ausbeuterherrschaft. Ihnen dieses Wissen um die grundlegenden Klasseninteressen und um den Klassenkampf zu vermitteln, sie von der Stufe eines rein ökonomischen Bewußtseins und elementarerer Teilerkenntnisse ihrer Klassenposition zu einem entwickelten politischen Klassenbewußtsein in allen Fragen des ökonomischen, politischen und ideologischen Kampfes zu führen —, das ist heute mehr denn je die Verpflichtung der Marxisten. Im übrigen kann man nicht in einem theoretischen Streit allein die Rolle der Arbeiterklasse klären und das Vertrauen in ihre revolutionäre Kraft wecken. Dazu bedarf es der Verbindung mit dem Leben der Industriearbeiter, ihren Sorgen und Nöten, ihrer Arbeit in den Betrieben. Schon die verhältnismäßig wenigen politischen Streiks der Arbeiter gegen die Notstandsgesetze machten das politische Gewicht der Arbeiterklasse deutlich. **Welche politische Rolle die Arbeiterklasse heute spielt, wurde gerade in diesen Wochen durch den Massenstreik der französischen Arbeiter um soziale Verbesserung und gegen das gaullistische Herrschaftssystem beantwortet.**

¹⁾ Siehe Marx/Engels Werke, Bd. 16, Dietz Verlag Berlin 1964, S. 12.

3. Zur Frage des Verhältnisses von demokratischer und sozialistischer Zielstellungen und Umgestaltungen

In der öffentlichen Diskussion taucht in diesem Zusammenhang unter anderem eine solche Fragestellung auf: Wenn die Kommunisten selbst formulieren, daß das Grundübel in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung liege und die Entwicklung objektiv reif sei für den Sozialismus, müsse man dann nicht sofort die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung stellen?

Wenn wir davon sprechen, daß die materiellen Bedingungen reif sind für den Sozialismus, so meinen wir damit, daß der von Karl Marx festgestellte Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus soweit vorwärtsgetrieben ist, daß das kapitalistische Gesellschaftssystem historisch an den Grenzen seiner Entwicklung angelangt ist. Dies weisen wir in unserem Programmentwurf nach.

Die Erfahrungen, besonders der letzten Jahre, beweisen eindeutig, daß das herrschende staatsmonopolistische System unfähig ist, die Lebensfragen der breiten Massen, die Grundfragen unserer Zeit zu lösen. Die werktätigen Menschen können unter der Herrschaft der Monopole keine Sicherheit ihrer Existenz erwarten. Die Politik der herrschenden Kreise kann nur fortwährend neues Unglück, neue Katastrophen für das Volk bringen. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist zu einem Hemmnis für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung geworden. Darum betrachten wir Kommunisten es als unsere Aufgabe, in der täglichen Arbeit den Arbeitern und allen Werktätigen bewußt zu machen, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung unerträglich ist. Nur der Sozialismus kann eine endgültige Lösung der brennenden Fragen bringen.

Die marxistische Theorie lehrt, daß der entschiedene Kampf um Demokratie und tiefgreifende demokratische Umgestaltungen der Gesellschaft ein notwendiger Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus ist. In diesem demokratischen Kampf muß das sozialistische Bewußtsein der Arbeiterklasse

entwickelt werden. Die Notwendigkeit des Kampfes um demokratische Forderungen ergibt sich auch aus der konkreten Lage.

Es ist doch offensichtlich, daß die Monopolherren und ihr Staat in rigoroser Weise dazu übergegangen sind, dem werktätigen Volk die demokratischen Rechte zu rauben und gleichzeitig einen rücksichtslosen Angriff auf den sozialen Lebensstandard zu führen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Arbeiter mit allen demokratischen Kräften für die Verteidigung der Demokratie eintreten müssen. Gleichzeitig müssen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen einen offensiven Kampf zur Verbesserung ihres Lebensstandards entfalten. Es gehört zu den grundlegenden Erfahrungen aus den Ereignissen in der Weimarer Republik und während der faschistischen Diktatur, daß die Arbeiterklasse für die Stärkung ihrer Kampfpositionen und für ihre eigenen sozialen Ziele unter den Bedingungen demokratischer Verhältnisse erfolgreicher als unter den brutalen Bedingungen einer offenen Diktatur kämpfen kann. Der Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte und für grundlegende demokratische Umgestaltungen ist für Kommunisten wie für alle anderen demokratischen und revolutionären Kräfte ein erstrangiges Erfordernis, um der gefährlichen Rechtsentwicklung, einer weiteren Machtentfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, entgegenzuwirken. Dieses Ringen ist seinem Wesen nach ein dynamisch-revolutionärer Volkskampf, der mit dem Ziel geführt werden muß, eine grundlegende demokratische Umgestaltung durchzusetzen. So wird das Monopolkapital zurückgedrängt und schließlich entmachtet. Erst dadurch wird das politische Kräfteverhältnis zugunsten der demokratischen Volkskräfte grundlegend verändert. So kann der Weg zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft beschritten und der Weg zur sozialistischen Umgestaltung gebahnt werden.

Mit diesen leninistischen Erkenntnissen treten wir den trotzkistischen und maoistischen Verfälschern des

Marxismus entgegen. Notwendig ist es aber, kameradschaftlich und geduldig mit jenen jungen Sozialisten zu diskutieren, die aus ehrlicher, revolutionärer

Ungeduld den Kampf für antimonopolistische Umgestaltungen noch nicht als notwendigen Bestandteil des Ringens um den Sozialismus erkennen.

4. Zu Fragen der Kampfformen und -methoden

Im Kampf um die demokratischen Rechte ist in den Aktionen das Problem aufgetaucht, welche Kampfformen und -methoden am wirksamsten sind. Die richtige Beantwortung dieser Frage ist für die Weiterführung der Bewegungen von großer Bedeutung. Bereits Lenin hat darauf hingewiesen, daß eine Aufgabe der Partei darin besteht, jederzeit darüber nachzudenken, welche Kampfformen und -methoden sich aus den jeweiligen politischen Aufgaben, Bewegungen und dem Bewußtseinsgrad der Massen ergeben. Das heißt, wir dürfen uns keineswegs an starre oder gewohnte Auffassungen klammern, sondern wir müssen uns allem Neuen gegenüber aufgeschlossen verhalten.

Wir gehen an die Fragen der Kampfformen wie an alle Erscheinungen des politischen und gesellschaftlichen Lebens nicht doktrinar, sondern konkret, historisch und dialektisch heran. Der Marxismus anerkennt die verschiedensten Formen des ökonomischen, politischen und ideologischen Kampfes. Er sucht sie nicht den Bewegungen künstlich aufzupropfen, sondern ist bestrebt, jene Formen zu praktizieren und zu verallgemeinern, die aus den Massenbewegungen und Aktionen selbst entstehen, die sich im Kampf herausbilden. Die Zweckmäßigkeit der Kampfmethoden und -formen beurteilen wir Marxisten-Leninisten danach, ob und in welchem Grade sie helfen, immer größere Teile der Arbeiter und aller werktätigen Schichten in die Bewegung einzubeziehen, die Massen zur aktiven Mitarbeit und zur Unterstützung von Bewegungen und Aktionen zu gewinnen.

Anschauliche Beispiele für die Entwicklung neuer Kampfformen und -methoden haben die Ostermarsch- und Antinotstandsbewegung und in jüngster Zeit auch Studenten- und Jugendorganisationen gegeben. Davon können wir lernen. Die guten neuen Kampfformen und -methoden müssen wir jetzt verallgemeinern.

Aber es gibt auch solche Formen, die die Bewegungen in die Isolierung führen. Wir werden nur dann fehlerhafte und isolierende Kampfformen überwinden, wenn wir selbst uns mit allen Bewegungen verbinden und in diesen als die aktivsten, ideenreichsten Akteure auftreten und dabei eine ideologische Auseinandersetzung in überzeugender Weise mit allen sektiererischen Kräften führen.

In diesem Zusammenhang müssen wir Kommunisten uns auch gründlich mit anarchistischen Auffassungen auseinandersetzen, die sich gegen — wie sie sagen — jede Autorität, jede Partei, jede zentrale Organisation, jede zentralisierte Bewegung, gleich welcher Art, wenden. Von anarchistischen Kräften, aber auch von revolutionär denkenden Studenten und jungen Arbeitern wird die Notwendigkeit disziplinierter Kampforganisationen in Frage gestellt und die Notwendigkeit einer marxistisch-leninistischen Partei bestritten. Bei der Erörterung dieser Fragen darf man die Tatsache nicht übersehen, daß die Sozialdemokratische Partei durch die Politik rechter Führer sich an das herrschende System gebunden hat, daß auch eine Reihe rechter Gewerkschaftsführer hemmend in den Bewegungen auftreten und so die Bedeutung zentraler Organisationen diskreditieren. Dadurch gewinnt die Mobilisierung der Volksmassen von unten her ein größeres Gewicht. Aus dieser Mobilisierung heraus ist es notwendig, daß sich jede Bewegung die eigenen Organisationsformen von unten bis oben schafft. Dabei sollte jedes starre Schema vermieden werden. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung seit mehr als 120 Jahren bestätigen die Richtigkeit der Erkenntnisse von Marx und Engels, daß der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse nur dann erfolgreich ist, wenn er von einer disziplinierten, von wissenschaftlichen Erkenntnissen geleiteten Partei geführt wird.

VIII.

Die Arbeit an der ideologischen Front verstärken

In diesem Referat können natürlich nur einige ideologische Fragen beantwortet werden, die in der Diskussion aufgetaucht sind. In der Diskussion auf dieser ZK-Tagung werden sicherlich weitere Fragen vorgebracht und behandelt werden. Es ist klar geworden, daß die Bedeutung der ideologischen Arbeit unserer Partei rasch zunimmt. Das Interesse breiterer Schichten am Marxismus wächst. Nicht zufällig sagt man, auch in der Bundesrepublik sei der Marxismus wieder modern geworden, was anlässlich des 150. Geburtstages von Karl Marx ganz augenscheinlich wurde.

In der jetzigen Phase der weltweiten Auseinandersetzung zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus verschärft sich der ideologische Kampf. Die imperialistischen Kräfte richten jetzt ihren Angriff vor allem mit ideologischen Waffen auf die kommunistischen Parteien, auf die sozialistischen Staaten. Der ideologische Kampf ist auch in der Bundesrepublik im vollen Gange.

Wir müssen erkennen, daß der deutsche Imperialismus seine Methoden in der ideologischen Beeinflussung der Massen für die Durchsetzung seiner Großmachtpolitik verändert und verfeinert hat. Nationalismus und Chauvinismus werden nicht mehr im alten hitlerschen Stil propagiert, etwa mit solchen Begriffen wie „Herrenmenschentum“, das Anspruch hat auf die Führung in Europa, oder mit der Theorie vom „Volk ohne Raum“. Heute spricht man vom „Europa ohne Grenzen“, und meint damit die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus

vom Atlantik bis zum Ural. Heute spricht man nicht von den „Getreidekammern in der Ukraine“, die man erobern müsse, sondern vom „Brückenschlag nach dem Osten“, und meint damit die Bildung von Brückenköpfen in den sozialistischen Staaten, um sie zu unterminieren und zu beseitigen. Heute stellt man eine sogenannte Konvergenztheorie auf, womit man eine Annäherung des kapitalistischen und sozialistischen Systems und damit das Aufgehen des Sozialismus in den Kapitalismus meint. Man redet von „Entkrampfung“ und „menschlichen Beziehungen“ gegenüber dem anderen Teil Deutschlands, und meint damit die Öffnung von Schleusen zur Unter-spülung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in der DDR. Das sind neue Formen des Antikommunismus und der nationalistischen Verhetzung unserer Bevölkerung.

Unsere Aufgabe ist es, die Diskussion in den Grundeinheiten unserer Partei über den Programmentwurf intensiv fortzusetzen, um die Partei ideologisch zu festigen und zu befähigen, allen rechts- und linksopportunistischen Auffassungen entgegenzutreten und die antikommunistischen und chauvinistischen Einflüsse in der Bevölkerung zurückzudrängen und zu überwinden.

Die Klärung der ideologischen Fragen in den Grundeinheiten der Partei ist eine notwendige Voraussetzung dafür, daß unsere Partei die öffentlichen Diskussionen mit den Arbeitern und der Jugend offensiver führt und wirkungsvoller die Entwicklung von Aktionen und deren Verlauf beeinflusst.

IX.

Wie steht es im Kampf um die Legalität unserer Partei?

Zunächst können wir feststellen, daß sich mit der legalen Herausgabe unseres Programmentwurfs und der damit verbundenen stärkeren Öffentlichkeitsarbeit der Kommunisten das Ansehen unserer Partei erhöhte und zugleich der Gegner in Bedrängnis geriet. Das offensive Auftreten führen-

der Genossen und Hunderter Funktionäre und unserer Mitglieder war ein Ansporn für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei.

Seit der letzten ZK-Tagung hat die Bewegung um die Aufhebung des Verbots der KPD einen weiteren Aufschwung erfahren. Der Kampf um die

Freiheit für die KPD ist in hohem Maße eingegangen in die Forderungen der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik und fand auch im Ausland ein großes Echo. Hierfür gibt es vor allem zwei Gründe: Erstens, die Kommunisten konnten anhand des Programmentwurfs den zutiefst demokratischen Charakter unserer Partei nachweisen und dabei die weltanschaulichen Grundlagen unserer Politik überzeugender darlegen. Zweitens, im Zusammenhang mit der gefährlichen Rechtsentwicklung, dem Anwachsen der durch die Regierungspolitik geförderten NPD wird in der Bundesrepublik wie auch international verstärkt die Frage nach der Gegenkraft zu dieser Entwicklung aufgeworfen. Mit vollem Recht wird bei vielen friedliebenden Menschen eine legale KPD als eine bedeutsame Kraft gegen

Reaktion, Faschismus und Krieg betrachtet.

Während auf der einen Seite immer mehr Menschen aus allen Schichten die Aufhebung des Verbots der KPD fordern, geht die Regierung jetzt sogar gegen die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots mit repressiven Maßnahmen vor. Mit der Beschlagnahme des Programmentwurfs der KPD, mit der Eröffnung von Ermittlungsverfahren gegen bekannte Kommunisten, mit Verboten zahlreicher Diskussionsveranstaltungen für die Wiederzulassung der KPD will die Regierung den anwachsenden Kampf für die Aufhebung des KPD-Verbots abwürgen. Sie will am KPD-Verbot festhalten, um weiterhin mit antikommunistisch begründeten staatlichen Verfolgungen gegen alle Demokraten vorgehen zu können.

Die neuen reaktionären Anschläge

Es ist kein Zufall, daß die herrschenden Bonner Kreise alles tun, um unsere Partei bei der Entfaltung ihres Masseneinflusses zu behindern und den Kampf um eine legale marxistische Partei zu durchkreuzen. Dazu bedienen sie sich aller Mittel, von der direkten staatlichen Verfolgung bis zum Einsatz ausgesuchter Trupps von Spitzeln, die nicht nur gegen unsere Partei, sondern gegen alle demokratischen Kräfte und Organisationen eingesetzt werden. Weiter bedienen sie sich trotzkistischer Elemente, die mit ultralinken, sektiererischen Argumenten die Politik unserer Partei entstellen und verleumden, deren organisierte Tätigkeit direkt von den staatlichen Stellen geduldet und unterstützt wird.

Mit welchen Methoden der Staatsapparat gegen unsere Partei und die demokratischen Kräfte auftritt, dafür einige Hinweise: Die Zeitung „Metall“ vom 2. April 1968 enthüllt, daß der Nürnberger Betriebsrat und Vertrauensmann Kurt Zimmer vom Verfassungsschutz gedrängt wurde, seinen Betriebsratsvorsitzenden und seine Betriebsratskollegen zu bespitzeln. In der „Holzarbeiterzeitung“ vom März 1968 heißt es, daß dem Vorsitzenden der Verwaltungsstelle Unna der IG Holz, Willi Wanger, zugemutet wurde, seine Kollegen Vater und Georgi im Auftrag des Verfassungsschutzes zu

bespitzeln. Der Abteilungsleiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Jassner, mußte kürzlich zugeben, daß eine große Zahl von Theologen durch den Verfassungsschutz überwacht wird. Sehr treffend äußerte sich der Geschäftsführer der „Kammer für öffentliche Verantwortung“ der evangelischen Kirche in Deutschland, Oberkirchenrat Wilkens, gegen die anrüchigen Machenschaften des Verfassungsschutzes: „Nachdem ich über mich selbst einmal einen Bericht des Verfassungsschutzes gelesen habe, weiß ich, was ich davon zu halten habe. Da stimmte eigentlich nur mein Name.“

Diese ganze Bespitzelung geschieht gegen Zehntausende fortschrittlicher Menschen — Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Geistliche — wegen der demokratischen Gesinnung und Tätigkeit. Die Tätigkeit der Innenministerien und der sogenannten Verfassungsschutzämter und der Geheimdienste ist fast nur gegen links gerichtet. In zunehmendem Maße werden NPD-Mitglieder als Spitzel in den Dienst dieser Terrorapparate gestellt. Das zeigt eine weitere Seite der Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik. Diese Machenschaften muß man werten als einen Bestandteil der Gesamtkonzeption der deutschen Imperialisten gegen alle Linkskräfte, insbesondere gegen unsere Partei.

Den Kampf um die Legalität verstärken

Die Bewegung um die Aufhebung des KPD-Verbots hat im In- und Ausland ein solches Ausmaß erreicht, daß die Regierung sich zu taktischen Manövern gezwungen sieht. Das durchsichtigste Manöver ist das Ansinnen an die Kommunisten, sich mit dem Verbot der Partei abzufinden und eine neue KPD mit einem revisionistischen Programm zu gründen. Unverfroren erklären CDU- und SPD-Minister gleichermaßen, eine neugegründete KPD müsse den Marxismus-Leninismus aufgeben, der sozialistischen Zielstellung abschwören und sich damit aus der internationalen kommunistischen Bewegung herauslösen. Diese Herrschaften stellen sich also eine neugegründete KPD so vor, daß sie in ihre „flexible Ostpolitik“ eingebaut werden

kann, besonders dadurch, daß sie sich von der Sowjetunion, der DDR und der SED distanzieren. Darauf antworten wir deutlich: Dieses Ziel, eine revisionistische KPD, werden sie nie und unter keinen Umständen erreichen.

Wir bekräftigen unseren Standpunkt: Das KPD-Verbot muß aufgehoben werden. Die Kommunistische Partei muß ihre volle Legalität erhalten, um auf der Grundlage ihres marxistisch-leninistischen Programms ihre Politik, entsprechend ihrem demokratischen Charakter, selbst zu bestimmen und legal zu vertreten.

Die Erringung der Legalität der Partei hängt entscheidend von der Weiterführung der demokratischen Volksbewegung ab.

X.

Unsere internationalistischen Positionen

In unserem Programmentwurf ist die Stellung unserer Partei zum proletarischen Internationalismus dargelegt und begründet. Wir leisten bei internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien wie auch in zwei- und mehrseitigen Treffen unseren Beitrag für die Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung und für das einheitliche Handeln aller ant imperialistischen, demokratischen und Linkskräfte. Wir halten die in Budapest einmütig getroffenen Vereinbarungen der Vorbereitungskommission für die Durchführung einer internationalen Bera-

tung der kommunistischen und Arbeiterparteien am 25. November 1968 in Moskau für einen bedeutsamen Erfolg im Streben nach der Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Die Budapester Beratung machte deutlich, daß diejenigen Parteien, die sich konsequent um die Einhaltung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus bemühen, Fortschritte erzielen, so daß man die Feststellung treffen kann, daß die Tendenzen auf die Einheit unserer Bewegung sich festigen und weiter anwachsen.

Verstärkte Solidarität mit dem kämpfenden Vietnam

Der Kampf gegen die amerikanische Aggression in Vietnam und das Ringen um ein System der europäischen Sicherheit sind Aufgaben, die den kommunistischen Parteien und allen sozialistischen Staaten gemeinsam sind. Es ist offensichtlich, daß den USA durch den revolutionären Kampf des vietnamesischen Volkes und die Unterstützung aller sozialistischen und ant imperialistischen Kräfte in der Welt ernste Niederlagen bereitet werden. Die militärischen Schläge, die

die amerikanische Armee in Vietnam bekommt und die anwachsenden Protestbewegungen in allen Ländern haben die Regierung der USA an den Verhandlungstisch mit der Regierung der DRV gezwungen.

Wir unterstützen gemeinsam mit allen friedliebenden Kräften der Bundesrepublik und der Welt vorbehaltlos die neuen Initiativen der Regierung der DRV mit dem Ziel der Einstellung der Bombardierungen und aller anderen Kriegsakte gegen die DRV und der

Wiederherstellung des Friedens in Vietnam auf der Grundlage des Vier-Punkte-Programms der DRV und des politischen Programms der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams. In diesem Sinne gilt es in den kommenden Wochen die Solidaritätsbewegung für das kämpfende Vietnam weiter zu verstärken und zu aktivieren.

In Telegrammen und Briefen an die Regierungsdelegation der DRV in Paris, durch Unterschriftensammlungen sollten wir und mit uns viele Persönlich-

keiten und aktive Friedenskräfte den Standpunkt der DRV unterstützen und die heuchlerischen Manöver der USA bei den Pariser Verhandlungen entlarven.

Jetzt, da mit der Annahme der Notstandsgesetze und der zunehmenden Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik die Gefahr für den Frieden in Europa größer geworden ist, steht für alle friedliebenden Menschen in Europa die Aufgabe, einen Weg zur Sicherung des Friedens zu finden.

Das neue Kräfteverhältnis

In den Diskussionen, die unsere Genossen über unseren Programmentwurf führen, werden sie oft mit der Frage konfrontiert, ob die Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses noch stimme. Zweifellos haben sich die weltweiten Auseinandersetzungen zwischen den sozialistischen und progressiven Kräften auf der einen und den niedergehenden Kräften des Imperialismus auf der anderen Seite verschärft. In dieser Auseinandersetzung kommt das aggressive Wesen des Imperialismus immer deutlicher zum Vorschein. Diese Aggressivität stößt aber auf einen immer größer werdenden Widerstand der Volksmassen.

In den USA selbst wird das kapitalistische Gesellschaftssystem von schweren inneren Klassenauseinandersetzungen erschüttert, die ihren Ausdruck in dem demokratischen Volkskampf der Farbigen und der armen Weißen um soziale und demokratische Rechte finden und auch in dem wachsenden Widerstand der Friedenskräfte gegen den verbrecherischen Krieg der USA-Regierung gegen das vietnamesische Volk. Diese Entwicklung führte zu einer Schwächung des Einflusses der imperialistischen Führungsmacht in der Welt.

In Großbritannien wird das kapitalistische System von einer tiefen Wirtschaftskrise erschüttert.

Seit Jahren bemüht sich die Bourgeoisie in Italien, die Linksentwicklung aufzuhalten. Aber aus dem letzten Wahlkampf gingen die Linkskräfte gestärkt hervor.

Vor zehn Jahren wurde das reaktionäre persönliche Regime de Gaulles aufgerichtet. Jetzt aber führte der Ge-

neralstreik der 10 Millionen zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses in Frankreich. Eine beispielhafte Volksbewegung entstand, die immer stärker die Forderung nach Entmachtung der Monopole und der Bildung einer Regierung des Volkes unter Teilnahme der Kommunistischen Partei erhebt. Der Kampf der Volksmassen in Frankreich für eine neue Politik und für eine neue Ordnung ist eine wertvolle Lehre und ein Ansporn für die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik.

Alle diese Tatsachen zeigen, daß die wachsende Aggressivität und Abenteuerlichkeit des Imperialismus verbunden ist mit dem Prozeß seiner weiteren Schwächung und seines Zerfalls.

Die Zersetzung und Schwächung des imperialistischen Lagers ist so offensichtlich, daß immer weniger Menschen diese Tatsache bezweifeln. Vielfach wird aber bestritten, daß die Macht und der Einfluß des sozialistischen Lagers gewachsen sei. Die grundlegenden Tatsachen in bezug auf die Entwicklung des sozialistischen Lagers bestehen darin, daß die ökonomische, politische und militärische Kraft der Sowjetunion in raschem Tempo zunimmt. Ihre Autorität in der Weltpolitik wächst. Es nimmt weiter zu die ökonomische und politische Kraft der sozialistischen Staaten, insbesondere der DDR. Der Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern nimmt an Stärke zu, und der Einfluß der kommunistischen und Arbeiterparteien erhöht sich. Gleichzeitig wächst trotz aller widersprüchlichen Entwicklung die ant imperialistische Bewegung in den ehemaligen kolonialen Ländern.

Die Politik der Imperialisten ist darauf angelegt, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen nationalen Interessen und dem proletarischen Internationalismus. Wir haben in unserem Programmentwurf die Feststellung getroffen, daß die Tendenzen der nationalen Absonderung der gemeinsamen Sache nur schaden können. Aber gerade darauf orientieren die Imperialisten ihre Taktik. Wenn es dem Imperialismus gelingt, zunächst auch nur in Ansätzen, den Zusammenhang zwischen nationalem Interesse und proletarischem Internationalismus zu stören, dann schafft er sich damit eine gefährliche Einbruchsstelle zur Lockerung und Entzweiung der Beziehungen zwischen einzelnen sozialistischen Ländern und den Bruderparteien.

Zugleich ist es erforderlich, zu erkennen, daß mit Nationalismus, in welcher Form auch immer, zugleich eine Einbruchsstelle geschaffen wird für den Revisionismus, für Theorien und Handlungen, die dem Marxismus-Leninismus fremd sind.

Unsere Partei hat stets die Positionen des Marxismus-Leninismus, die Positionen des proletarischen Internationalismus verteidigt und dabei auch konsequent den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegen-

heiten anderer Bruderparteien befolgt. Aber die Strategie des Imperialismus, seine Offensive auf die ideologischen Grundpositionen unserer Bewegung, das ist nicht Angelegenheit nur einer Partei, sondern aller Bruderparteien. Eine kommunistische Partei, die diese Aufgabe vernachlässigt, schadet nicht nur dem Sozialismus im eigenen Land, der sozialistischen Bewegung im allgemeinen, sondern auch dem Kampf jeder einzelnen Bruderpartei.

Wir bereiten uns auf die im November in Moskau stattfindende Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien vor. Wir leisten unseren besten Beitrag für die Einheit und Festigung der Reihen der kommunistischen Parteien im Weltmaßstab, indem wir bei uns selbst, in unserer eigenen Partei und in der Arbeiterklasse zielstrebig die Politik vertreten, die wir in unserem Programmentwurf niedergelegt haben. Wir sind gewiß, daß unsere Erfahrungen im Kampf gegen den deutschen Imperialismus auch bei den Bruderparteien auf der internationalen Konferenz in Moskau Beachtung finden. Wir werden auf dieser bedeutsamen Konferenz aus den Erfahrungen anderer Bruderparteien neue Erkenntnisse gewinnen und damit unsere Partei noch besser befähigen, ihre Aufgabe zu lösen.

XI.

Worauf muß unsere Partei in der nächsten Zeit das Hauptaugenmerk richten

① Es kommt darauf an, die Diskussion über unseren Programmentwurf verstärkt fortzusetzen, um das ideologisch-politische Niveau der Partei zu erhöhen und sie zu befähigen, die verschiedenen sozialen und demokratischen Bewegungen und Aktionen weiterzuführen. Diese Diskussion über den Programmentwurf sollten wir jetzt überall verbinden mit einer konkreten Analyse und den Schlussfolgerungen aus den Aktivitäten der Partei in der Bewegung gegen die Notstandsgesetze und dabei Antwort geben auf die Frage, die von vielen Genossen und von allen demokratischen Kräften gestellt wird: Wie soll es jetzt weitergehen?

Um unsere Antwort massenhaft be-

kannt zu machen, sollten wir bestrebt sein, den Aufruf, den diese ZK-Tagung an die Bevölkerung der Bundesrepublik richtet, in großem Umfang in der Arbeiterschaft und in anderen Volksschichten zu verbreiten.

② Wir haben besonders in den nächsten Wochen und Monaten die Verpflichtung, mit allen Arbeitern, mit allen Demokraten den Widerstand gegen die Rechtsentwicklung, gegen Neonazismus und die Diktaturpläne zu entfalten.

③ Es gilt, alle Kräfte zu mobilisieren und besonders mit den Gewerkschaften und den Studenten den Kampf zu entwickeln für eine demokratische Mitbestimmung in Betrieben, Universitäten und Schulen sowie im

gesamten gesellschaftlichen Leben. Große Bedeutung kommt auch der Unterstützung der Entwicklung des Kampfes der Bauern um die Erhaltung ihrer Lebensexistenz zu und der Verbindung der Aktionen der Bauern mit den Bewegungen der Arbeiter und der Jugend. In der Gesamtbewegung gilt es, noch stärker als bisher unsere Alternative für eine demokratische und friedliebende Bundesrepublik vor der Bevölkerung sichtbar zu machen.

④ Die Leitungen unserer Partei, besonders die Betriebsgruppen, stehen vor der verantwortungsvollen Aufgabe, den Arbeitern und ihren Gewerkschaften zu helfen, den Angriff der Monopole auf den Lebensstandard abzuwehren und erfolgreich für eine Erhöhung der Löhne und Gehälter und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

⑤ Besondere Anstrengungen gilt es zu richten auf die Mobilisierung der Betriebsbelegschaften aller gesellschaftlichen Organisationen, der ge-

samten demokratischen Öffentlichkeit gegen den schmutzigen Krieg der USA und deren Bonner Helfershelfer. Dabei gilt es, den 1. September, den Antikriegstag, zu einem Höhepunkt der Solidarität mit dem tapferen vietnamesischen Volk zu machen.

⑥ Alle Leitungen unserer Partei müssen sofort der Vorbereitung der Parlamentswahlen, besonders der Bundestagswahl, große Aufmerksamkeit schenken.

⑦ Der 12. Jahrestag des Verbots unserer Partei, der 50. Jahrestag der Novemberrevolution und der 50. Jahrestag der Gründung der KPD müssen für die gesamte Partei ein Anlaß sein, alles zu tun, um unsere Partei zu stärken, um den Einfluß unserer Partei in der Öffentlichkeit unter den Massen zu erhöhen und den Kampf um die legale kommunistische Partei in der Bundesrepublik zu verstärken.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben läßt uns gemeinsam alle Kräfte konzentrieren!

Inhalt

	Seite
I. Die neue Lage	3
II. Der Kampf der demokratischen Kräfte gegen das staatsmonopolistische Regime	5
III. Wie soll es weitergehen?	9
IV. Die demokratische Opposition und die kommenden Bundestagswahlen	10
V. Die Koalitionspolitik der rechten SPD-Führer und die Lage in der SPD	13
VI. Die neue Lage und die Gewerkschaften	16
VII. Die Diskussion des Programmentwurfs und einige Antworten	20
VIII. Die Arbeit an der ideologischen Front verstärken	25
IX. Wie steht es im Kampf um die Legalität unserer Partei?	25
X. Unsere internationalistischen Positionen	27
XI. Worauf muß unsere Partei in der nächsten Zeit das Hauptaugenmerk richten?	29



